NEUTRALE FREIE PRESSE Diese Wochenzeitung gibt's auch im ABO! SEITE 15

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

MIT DEMO-KALENDER ➜ Seite 6

Wurde von England in Belmarsh gefoltert und soll nun dem US-Kriegsverbrecherregime ausgeliefert werden: Der Journalist Julian Assange ➜ Seite 11

Ein Herz für Querdenker

Wochenzeitu… STAND N° 95 ab Samstag 25. Juni 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler und 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

- TÖDLICHE TV-PROPAGANDA
- »IMPF«-SCHÄDEN
- KINDERSCHÄNDERMASKE

DAS REGIME FÄLLT

Leak aus der Evaluierungskommission der Bundesregierung: Corona-Maßnahmen sind kriminell aus dem Ruder gelaufen. *Bericht* ➜ Titelstory unten, *Virusfiebern* ➜ Seite 3

…und fragen Sie einen Arzt oder Apotheker, der nicht von der Pharmalobby erpresst wird!

Ehemaliger Pfizer-Vize: »Freiheiten sofort zurückholen!« • Herbstpläne der Regierung? Unsere Antwort: »Wir sind viele. Wir gehen weiter für unsere Menschen- und Grundrechte auf die Straße!«

Von Sophia-Maria Antonulas

»Die meisten Politiker möchten es so«, antwortet Professor Werner Bergholz auf die Frage, ob ab Herbst wieder Maskenpflicht herrschen wird. Der Berater des Bundestages erklärt Masken- und Testpflichten »nach wie vor für sinnlos, kann man nicht oft genug wiederholen«.

Dreimal schon sagte Bergholz im Gesundheitsausschuss zu den neuartigen Corona-Maßnahmen aus: Er beschrieb, wie sich ausgeatmete Luft hinter der Maske staut, Schadstoffe konzentrieren und dasselbe rauskommt, wie ohne Gesichtsfilter. In der Physik bekannt als Kontinuitätsgleichung. Oder dass Maskenträger in Schulen und Verkehrsmitteln den Nachbarn mit ihrem Atem direkter treffen, weil ausgeatmete Luft statt nach oben, seitlich am Plastikgewebe vorbeizieht. Und dass es zweifelhaft sei, ob Masken überhaupt filtern, da Aerosole durch die Löcher passen.

REGIERUNG HAT ES AUF DIE JÜNGSTEN ABGESEHEN

»Naturwissenschaftlich ist das Tragen von Masken nicht nachvollziehbar«, weiß Bergholz und bezeichnet die Regierungsvorhaben ganz höflich als »ziemlich unlogisch«. Zahlreiche wissenschaftliche Studien geben Bergholz recht. Es scheint aber, dass die Regierung ab Herbst wieder Masken braucht – als Werkzeug der Disziplinierung, Zeichen der Unterwürfigkeit und zum Zweck der vorsätzlichen Schädigung. Während Berichte über schwere Impfnebenwirkungen sogar bei öffentlich-rechtlichen Medien angekommen sind (#DW94) und immer mehr Menschen einen kennen, der nach MRNA-Spritzen gestorben ist, fällt der Regierung nichts anderes mehr ein – sie will wieder massiv zum »Impfen« drängen. Laut Bericht des Gesundheitsministeriums (BMG) an die Ministerkonferenz (Dokument liegt der Redaktion vor) brauche es die vierte Spritze wegen »Abnahme der Immunität nach der dritten«.

Abgesehen hat es die Regierung wieder auf die Jüngsten: Kinder und Jugendliche sollen bei der Impfkampagne besonders berücksichtigt werden, heißt es im BMG-Plan wortwörtlich. Aus dem Bericht des Gesundheitsministeriums geht auch hervor, dass an die 837 Krankenhäuser, in denen im Jahr 2021 mehr als zehn infizierte (sic!) Patienten länger als 48 Stunden künstlich beamtet wurden, die Steuermittel eines »Pflegebonus« überwiesen werden. Schweigegeld?

Zum Thema Beatmung schreibt Mike Yeadon, ehemaliger Vizepräsident und weltweiter Leiter der Forschung für Atemwegserkrankungen beim Pfizer-Konzern, ein Aussteiger und Karriereverweigerer: »Übrigens, eine mechanische Beatmung ist nur selten notwendig, da Covid-19 KEINE obstruktive Lungenerkrankung ist«, so Yeadon in seinem Bericht, Titel »Coronalügen« (*doctors-4covidethics.org*). »Die meisten mechanisch beatmeten Patienten starben, während die meisten Patienten mit Sauerstoffmaske überlebten. Offenbar war die Behandlungsmethode, die die italienischen Gesundheitsdienstleister von ihren Kollegen in Wuhan erhalten hatten, das sogenannte Wuhan-Protokoll.«

Warum demonstrieren? Yeadon: »Es gibt weder eine medizinische Notlage, noch eine Krise des Gesundheitssystems. Daher können und müssen wir unsere Freiheiten sofort zurückholen. Das Testen gesunder Menschen muss aufhören. Wenn Sie krank sind, bleiben Sie einfach zu Hause. Masken gehören in den Müll, nicht ins Gesicht. Von den genbasierten Covid-19-Injektionen ist dringend abzuraten, sie dürfen weder erzwungen noch vorgeschrieben werden.«

ES REICHT!

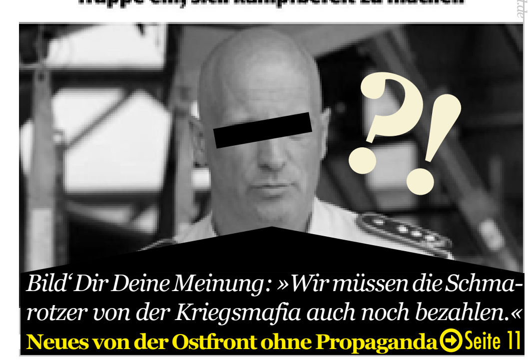
»SCHNAUZE VOLL VON KRIEGSTREIBERN«

Menü · UKRAINE KRIEG · Bild · Mediathek

TOP-GENERAL APPELLIERT AN NATO

Müssen bereit sein, notfalls Atomwaffen zu nutzen

Und: Oberster Briten-Soldat schwört seine Truppe ein, sich kampfbereit zu machen



Infografik/Montage: DW mit Ausriss von der Bild-Zeitung/bild.de

Bild' Dir Deine Meinung: »Wir müssen die Schmarotzer von der Kriegsmafia auch noch bezahlen.«

Neues von der Ostfront ohne Propaganda ➜ Seite 11

Warum terrorisieren Regierungsmitglieder diesen Arzt?



***Dr. med Walter Weber**, Internist und Mitgründer der Ärzte für Aufklärung e.V.*

DW-Interview ➜ Seite 7

Foto: DW/ privat. | Titelcollage: Anselm Lenz und Ute Feuerstacke mit Material von DW, privat und Ruptly.

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 95. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

Mutige Medizinerin

Der Preis der Republik geht an Dr. med. Carola Javid-Kistel.
LAUDATIO von Dori Lee



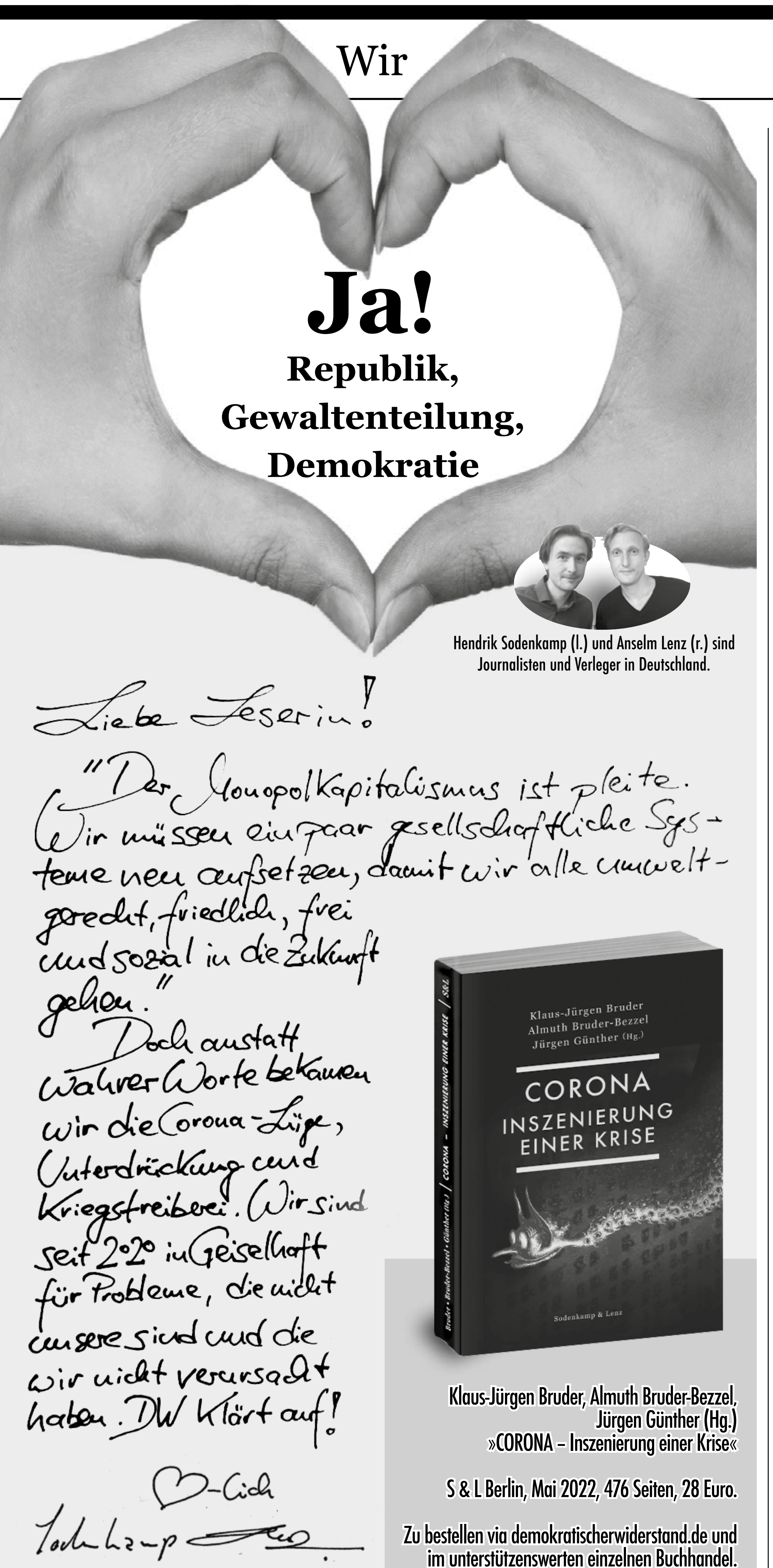
Dr. med. Carola Javid-Kistel ist von Anfang an dabei und war eine der ersten Ärztinnen die sich gegen die Corona-Gentherapie ausgesprochen haben.

Sie hat nicht geschwiegen, sich auch nicht einschüchtern lassen. Weil sie ihren Patienten aus medizinischen Gründen Atteste ausgestellt hatte, wurden Strafbefehle gegen sie erlassen und völlig willkürlich mehrere Hausdurchsuchungen in ihrer Praxis durchgeführt. Sie musste Deutschland verlassen und kann in ihre eigene Heimat nicht mehr zurückkehren.

Sie hat alles für den Widerstand gegen das krankhafte Corona-Regime geopfert: Familie, Freunde und ihr gewohntes Leben musste sie auf unbestimmte Zeit hinter sich lassen. Und trotz den Widrigkeiten macht sie unbeirrt weiter mit der Aufklärung der Menschen: zum Beispiel *online* auf Telegram mit ihrem Kanal *t.me/miteinander_mutig_sein*. Wir danken Dr. med. Carola Javid-Kistel für ihren aufopferungsvollen und mutigen Einsatz für Freiheit, Demokratie und Gesundheit.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Dr. med. Carola Javid-Kistel. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei.



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel, Jürgen Günther (Hg.) »CORONA – Inszenierung einer Krise«

S & L Berlin, Mai 2022, 476 Seiten, 28 Euro.

Zu bestellen via demokratischerwiderstand.de und im unterstützenswerten einzelnen Buchhandel.

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Das gezähmte Leben

EINWURF *von Werner Köhne*

Die Gefährten des Odysseus – so erzählt uns der Philosoph Theodor W. Adorno in seiner »Dialektik der Aufklärung« – müssen mit ansehen, wie sich ihr listiger Kriegsherr an den Mast ihres Schiffes fesseln lässt, um so zu verhindern, dass er dem rauschhaften Gesang der Sirenen erliegt und sich ins Verderben stürzt.

Er möchte mit allen Fasern seines Daseins den absoluten Lustgewinn, aber sein Überlebenswille ist gleichzeitig so groß, dass er zuletzt den selbstquälerischen Verzicht und die Lust in einen Kompromiss überführt.

So etwas, pflichtet ihm Sigmund Freud bei, nennt man Kultur: Sie ist das gezähmte Leben, das unerfüllte Verlangen. Sie ist auch so etwas wie ein Maßnahmenkatalog zur Abwehr des tödlichen Rausches und zugleich der Befehl, sein Glück aufzuschieben. Dagegen formuliert Goethes »Faust« eine andere Position in diesem Ringen um das gelingende Leben. Er will von seinem Widerpart Mephisto die absolute Erfüllung – und möchte für diesen Wahn sein Leben opfern. Das klingt dann so: »Sollt' ich zum Augenblicke sagen: Verweile doch, du bist so schön, so magst du mich in Ketten schlagen, dann will ich gern zugrunde gehn.«

Adorno und Freud sehen in dieser Geschichte das Wesen der menschlichen Kultur aufblitzen, dieser ständigen Suche nach einem Kompromiss. Stehen dafür nicht der wilde Arthur Rimbaud oder der wahnsinnig gewordene Hölderlin ein? Oder ist es das gut betuchte Paar im Foyer der städtischen Oper, das diese Kultur liefert? Aber da gibt es ja noch die Gefährten des Odysseus, die sich, als sie an den Sirenen vorbei fahren, die Ohren mit Talk zustopfen. Offensichtlich sind diese Verweigerer des Absoluten nicht zur Hoch-Kultur gehörig – eher blinde Passagiere, die nur auf Lebenserhalt getrimmt scheinen, wie im Narrativ von Corona einmal mehr nachgewiesen ist.

Man kann sich fragen: Welche Kulturvariante ruft mehr Ekel hervor: die der Kulturschickeria, die Leiden und Leidenschaft in kleinen Dosen zu sich nimmt oder die der Masse, die das Leben systematisch verstopft? Faustisch sind sie beide nicht. Dagegen sei noch einmal Goethe zu Rate gezogen: »Das Lebend'ge will ich preisen, das nach Flammentod sich sehnet.«



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT

Corona-Impfstoff war noch vor offizieller Entdeckung des Virus in Arbeit.
Von Markus Fiedler

Corona-Genspritze macht Männer zeitweilig weniger fruchtbar. Biontech/Pfizers Corona-Gen-Impfstoff laut eigener Studie wirkungslos. Bildzeitung schießt sich auf Lauterbach ein.

Die Corona-Gen-Impfung beeinträchtigt vorübergehend die Qualität der Samenzellen von Männern. Das erbrachte eine dreimonatige Kurzzeitstudie der Autoren Alon Kendem, Michal Dviri, Ana Umanski et al. Der Titel der Studie lautet »Covid-19 vaccination BNT162b2 temporarily impairs semen concentration and total motile count among semen donors«.

Die Studie bezieht sich auf 37 Männer, die zusammen über den genannten Zeitraum 220 Samenproben lieferten. Die Ergebnisse werden wie folgt diskutiert: »Diese Längsschnittstudie, die sich auf SD (Anmerkung: Samenspender) konzentriert, zeigt eine selektive, vorübergehende Spermienkonzentration und TMC-Verschlechterung (Anmerkung: Wahrscheinlich ist hier die Sterberate der Spermien gemeint) drei Monate nach der Impfung, gefolgt von einer späteren Erholung, die durch verschiedene statistische Analysen bestätigt wurde.« (Maschinelle Übersetzung)

Im Klartext: Männer werden nach der Impfung wenigstens für einen gewissen Zeitraum weniger fruchtbar. Die Aussage der Studie steht zumindest teilweise im Widerspruch zu verschiedenen Artikeln aus den Altmedien. So fragte sich die Zeit in einem Artikel: »Macht die Corona-Impfung unfruchtbar?«.

Im Artikel selbst ist eine Aussage des Robert Koch-Instituts zu lesen: »Im Bereich ›Impfung bei Schwangeren, Stillenden und bei Kinderwunsch‹ heißt es zu der vor allem im Internet verbreiteten Behauptung, die Impfung mache Frauen oder Männer unfruchtbar: ›Diese Aussage ist falsch‹.« Entweder ist die genannte Studie falsch, oder der Inhalt des *Zeit*-Artikels.

GENSPRITZE OHNE POSITIVE WIRKUNG

TKP.at meldet, dass nach einer Neubewertung der durch Gerichtsurteil öffentlich gemachten BioNtech/Pfizer-Studiendokumente durch die britische Expertengruppe HART (Health Advisory and Recovery Team) ein ernüchterndes Ergebnis erbracht hat. Laut dieser Gruppe soll die Wirksamkeit des Genpräparates nach eigenen Daten des Impfstoffherstellers bei Null oder darunter liegen.

Der Artikelautor Dr. Meyer erwähnt Details aus dem Umfeld der Pfizer-Studie, die auf die Verschleierung unliebsamer Nebenwirkungen, mithin einen Wissenschaftsbetrug hindeuten: »Augusto Roux war ein Patient, der für die Studie in Buenos Aires rekrutiert wurde. Er wurde drei Tage nach Verabreichung der zweiten Dosis des Impfstoffs mit Perikarditis ins Krankenhaus eingeliefert. In den Studienunterlagen wurde dies jedoch als ›bilaterale Lungenentzündung‹ beschrieben. Das bedeutete, dass Pfizer zwar behaupten konnte, es handele sich um Covid, es aber nicht in die Wirksamkeitszahlen einfloss, weil kein positiver Test vorlag, um ihn als ›Fall‹ bezeichnen zu können.«

Auf Alex Jones Internetplattform *infowar.tv* wurde *live* ein Präparat aus dem Herzen eines mehrfach Corona-Gen-Geimpften und abschließend verstorbenen Patienten gezeigt. Zu sehen ist eine Ansammlung von Proteinen die zu einem elastischen, spaghettiförmigen und blassgelbweiß-farbigen Gebilde verklumpt sind. Diese Verklumpung soll aus den Blutgefäßen stammen. Es stellt sich die Frage, wie diese Verklumpungen zustande kommen.

BILD-ZEITUNG NIMMT LAUTERBACH UNTER FEUER

Die *Bild*-Zeitung scheint ein steigendes Interesse daran zu haben, dass der derzeitige Gesundheitsminister Karl Lauterbach sein Amt räumen muss. In immer kürzeren Abständen veröffentlicht die *Bild* auch über ihren Videokanal auf Youtube schwerwiegende Kritik an dem Minister.

»Ein Arzt, der so etwas sagt, sollte keine Approbation haben«, »Corona-Impfschäden – Patientin bleibt auf Kosten sitzen«, »Maskenpflicht – Stöhr teilt gegen Lauterbach aus«, sind nur einige von zahlreichen Beispielen der *Bild*-Kampagne gegen Lauterbach.



Diese Demokratin aus Osnabrück setzt auf Umarmungen statt Genspritzen, um gesund zu bleiben. *Foto: Georgi Belickin*

Uncutnews.ch titele, dass ein Impfstoff gegen Covid-19 seitens der Firma Moderna bereits auf dem Weg gewesen sei, noch bevor der Virus überhaupt bestätigt wurde. In diesen Fall verwickelt seien Moderna, die Weltimpfallianz (CEPI) und die Weltgesundheitsorganisation. Das ist einigermaßen bemerkenswert und ohne Flux-Kompensator aus der Zeitmaschine von »Zurück in die Zukunft« nur schwer zu erklären ohne an illegale Machenschaften zu denken.

Bei *uncutnews.ch* ist dazu zu lesen: »Die folgende Geschichte über die Entwicklung des Moderna-Impfstoffs wirft ein neues Licht auf einen Twitterbeitrag von Bill Gates vom 19. Dezember 2019, dessen Stiftung bereits die Entwicklung eines mRNA-HIV-Impfstoffs durch Moderna finanzierte. Er schrieb: ›Ich bin besonders gespannt darauf, was das nächste Jahr für eine der besten Anschaffungen im Bereich der globalen Gesundheit bedeuten könnte: Impfstoffe.‹«

In den USA wurde derweil den Corona-Gen-Impfungen für Kinder ab sechs Monaten der Weg geebnet. Und das, obwohl die Säuglinge nicht selbst von der Krankheit betroffen sind. Die Impfungen haben in der letzten Woche begonnen. Schöne neue Corona-Welt.

Dieser Artikel ist online mit allen Quellenangaben unter demokratischerwiderstand.de/artikel und apolut.net abrufbar.



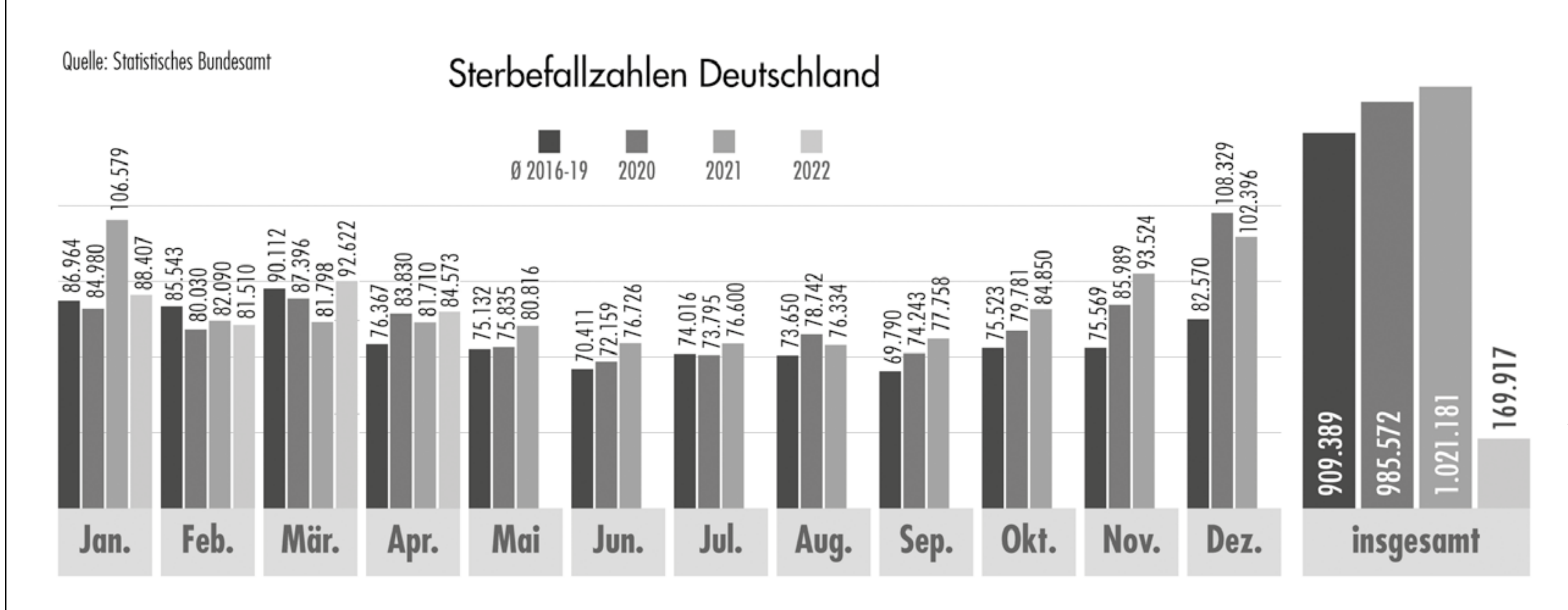
Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

MELDUNG

GOLDGRÄBERSTIMMUNG BEI BIONTECH-CHEF

Mainz/DW. BioNtech-Chef Uğur Şahin, der während der *Fake*-Pandemie mit gefährlichen Genspritzen ein Milliardenvermögen erwirtschaftet hat, fordert nun laut Medienberichten für weitere »Impfstoffe« den Verzicht auf klinische Studien am Menschen.

In seinen Ausführungen warnt er vor der Gefahr neuer Virusvarianten, geht aber nicht auf die inzwischen zahlreichen wissenschaftlich bestätigten Nebenwirkungen seiner Gen-Injektionspräparate ein. (ber)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

ST. PAULI NIMMT NUR »GUTE« NATIONALTEAMS AUF

Hamburg/DW. Der Hamburger FC St. Pauli teilte mit, er wolle bei der anstehenden EM 2024 von seinem Hausrecht Gebrauch machen und Nationalmannschaften den Zutritt verwehren, die »nicht zu den Werten und Zielen« passen. Konkrete Ländernamen nannte der Verein nicht. (nir)

ELITENTREFF IM LUXUSHOTEL

Garmisch-Partenkirchen/DW. Vom 26. bis 28. Juni findet der G7-Gipfel auf Schloss Elmau in Bayern statt. Protestgruppen aus unterschiedlichen politischen Lagern mobilisieren gegen das elitäre Treffen im Luxushotel, wo über die Köpfe der Bevölkerung hinweg unter anderem Diskussionen über die Klimapolitik und die »Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und der Demokratie weltweit« stattfinden sollen. Teilnehmerländer sind Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, die Vereinigten Staaten und Großbritannien. Als Gast wird der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky erwartet. Im Vorfeld des G7-Gipfels brannten in München bereits acht Polizeiautos. Für den Samstag, 25. Juni 2022 wurden Großdemonstrationen angekündigt. (ber)

BULGARIEN SCHIESST MARIONETTENREGIERUNG AB

Sofia/DW. Nach knapp einem halben Jahr wurde am 22. Juni 2022 die prowestliche Regierung von Ministerpräsident Kiril Petkow durch ein Misstrauensvotum im bulgarischen Parlament gestürzt. Den Antrag zur Abstimmung hatte die konservative Gerb-Partei des ehemaligen Regierungschefs Bojko Borissow eingereicht. Für demokratische Beobachter stellt das einen Sieg des bulgarischen Volkes gegen eine vom Westen unterstützte Marionettenregierung dar. Vor und während der Abstimmung fanden massive Proteste gegen Petkow statt, der mit dem Wahlversprechen, die Korruption in Bulgarien beseitigen zu wollen, angetreten war. (ber)

FLEXIBLES VERHÄLTNIS ZUM VÖLKERRECHT

Berlin/DW. Die Partei Die Linke hat einem Änderungsantrag zum Leitantrag 3 stattgegeben. So wurde auf Antrag von unter anderem Bundestagsabgeordneten Caren Lay und dem Berliner Kultursenator Klaus Lederer folgender Satz gestrichen: »Wir nehmen keine Verletzung des Völkerrechts hin«. Begründet wurde die Streichung damit, dass die Bindung an das Völkerrecht die Verteidigung von Menschenrechten in manchen Fällen behindern würde. (nir)

Machtwechsel in Frankreich

Triumph für Mélenchon

Das Linksbündnis Nupes konnte die Herrschaft von König Macron brechen. Die sozialen und bürgerrechtlichen Bewegungen haben jetzt eine gewichtige Stimme im französischen Parlament. | BERICHT UND EINSCHÄTZUNG von Hermann Ploppa

Für den gerade wiedergewählten französischen Präsidenten Emmanuel Macron ist am Sonntag ein »Albtraum« wahr geworden. So kommentiert es die linksliberale Tageszeitung *Le Monde*.



Jean-Luc Mélenchon bei einer Demonstration gegen den US-Monopolisten General Electric im Juni 2019 in Belfort. Foto: Thomas Bresson

Seit 2017 konnte Macron als Präsident der Monopolkonzerne bis letzte Woche absolutistisch durchregieren. Mithilfe üppiger Spenden aus der Industrie in Höhe von 16 Millionen Euro stampfte der heute 44-Jährige Meisterstratege damals die synthetische Partei La France en Marche (etwa: Frankreich marschiert) aus dem Boden. Die konnte bei den Parlamentswahlen mühelos die absolute Mehrheit holen.

Mit diesem Mehrheitsbeschaffer konnte Macron massiven Sozialabbau und ein außergewöhnlich rigides Corona-Regime durchpeitschen. Das ist jetzt vorbei. Fini. Macrons Hauspartei erhielt noch einmal einen anderen Namen (Ensemble, also: Gemeinsam) und kaufte kleinere Parteien auf, um den Absturz bei den Wahlen doch noch zu vermeiden.

ES NUTZTE ALLES NICHTS

Die französische Nationalversammlung hat 577 Sitze zu vergeben. 289 Sitze hätte Macrons Begleit-Ensemble einfahren müssen, damit der Macron weiterhin den Napoleon geben kann. Das Macron-Orchester bekam aber nur 245 Sitze. Damit hat sein Lager 106 Abgeordnetenmandate gegenüber 2017 verloren. Um die Aufmerksamkeit auf das geeignete rechte Gleis zu bringen, zeigte die Presse mit dem Finger auf einen angeblichen »Tsunami« an Stimmgewinnen bei der »rechtsextremen« Partei Rassemblement National (etwa: Nationale Zusammenkunft, RN) der Marine Le Pen.

AUCH LE PEN KANN ES NICHT ALLEIN

Schaut man sich die tatsächlichen Zahlen an, kann man nur sagen: Le Pen und ihr Atomlobbyverein werden von der Presse künstlich zu einer ernsthaften Alternative für Macron hoch-geboostert. 2017 errang die Le Pen-Partei nur acht Mandate. Jetzt hat die RN tatsächlich 81 Sitze hinzugewonnen. Schauen wir einmal auf die Realität, die sich in den abgegebenen Stimmen ausdrückt: 2017 hatte die RN 13,2 Prozent der Stimmen gewonnen. 2022 verlor die RN gegenüber dem ersten Wahlgang etwa 700.000 Stimmen und liegt nun bei 17,3 Prozent. Das ist lediglich ein Zugewinn von bescheidenen vier Prozent.

Man vergleiche das mit den gigantischen Stimmengewinnen von Jean-Luc Mélenchon. Seine eigene Partei La France Insoumise (unbeugsames Frankreich) verfügte 2017 über magere 11 Prozent. Es gab noch einige andere linke Parteien, die im einstelligen Prozentbereich herumdümpelten. Es gelang Mélenchon, die meisten linken und ökologischen Parteien unter dem Dach seiner Sammlungsbewegung Nouvelle Union Populaire Ecologique et Sociale (Neuer sozialökologischer Volksbund; kurz: Nupes) zu vereinigen. Allein diese Bündelung der Kräfte und damit verbunden die realistische Aussicht auf politischen Erfolg elektrisierte die sozialen Bewegungen in Frankreich erheblich.

Mélenchon ist ein erfahrener politischer Matador im Ring, der allein in Marseille 35.000 Fans in einer Art Rockveranstaltung mit örtlichen Rapper-Größen aufrichten konnte. Mélenchon fasziniert besonders das ganz junge Publikum. Dabei könnte er ihr Opa sein. Dank neuester Holographie-Projektion gelang ihm sogar, was noch nicht einmal Jesus gelungen ist: Nämlich in sechs verschiedenen Wahlkampfarenen gleichzeitig aufzutreten. Das hat sich ausgezahlt. Denn Nupes hat 31,6 Prozent bei der aktuellen Parlamentswahl einfahren können. Also ein sattes Plus von zwanzig Prozent! Damit gibt es endlich wieder eine echte Alternative zum marktradikalen Durchmarsch des Macron. Und trotzdem entfielen lediglich 131 Sitze auf Nupes.

ABSURDES WAHLSYSTEM

Damit sind wir bei den Kuriositäten des französischen Wahlsystems. Derer gibt es tatsächlich eine ganze Menge. Es gilt das totale Mehrheitswahlrecht. Nur derjenige, der in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann, bekommt auch ein Mandat. Auf diese Weise fallen kleinere Parteien unter den Tisch. Und mit einer geschickten Manipulation der Wahlkreise können Mehrheiten produziert werden, die rein gar nichts mit dem tatsächlichen Wählerwillen zutun haben. Darum gibt es beispielsweise in Deutschland richtigerweise eine ausgewogene Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, sodass die Verteilung der Parlamentssitze auf die einzelnen Parteien die tatsächliche Stimmenverteilung an der Wahlurne widerspiegelt. Mélenchon hat sich seit Jahrzehnten dafür eingesetzt, ein solches Wahlrecht auch in Frankreich einzuführen – ohne Erfolg.

Die Wahlberechtigten in Frankreich wissen ganz genau, dass ihr Wählerwille permanent verfälscht wird. Und so war die Wahlbeteiligung mit 47,51 Prozent sowie 362.193 leer abgegebenen und dazu 22.744 ungültigen Stimmzetteln schon allein für sich betrachtet eine schallende Ohrfeige für das absurde Wahlsystem.

Zudem ist das in den Leidmedien mit konstanter Boshaftigkeit wiederholte Zerrbild von einem »linksextremen«, einem mittig »liberalen« und einem »rechtsextremen« Lager nichts als eine ideologische Nebelkerze. Denn Präsident Macrons Regierungskünste in der Corona-Zeit kann man mit Fug und Recht als »rechtsextrem« einordnen, wenn einem daran liegen sollte. Das hätte auch die Predigerin der fossilen Brennstoffe, Marine Le Pen, kaum »rechtsextremer« hinbekommen. Und Mélenchon als »linksextrem« zu rahmen, wo er doch in Wirklichkeit lediglich die gute alte Sozialpartnerschaft wiederherstellen will, ist auch nicht gerade zielführend.

Ein absurdes Wahlsystem kombiniert mit einer vollkommen blödsinnigen politischen Landkarte wird nur dazu führen, dass das System Macron im eigenen Saft verschmort. Mélenchon und das fortschrittliche System Nupes werden über kurz oder lang die politische Verantwortung übernehmen müssen. Immer gesetzt der Fall, sie bleiben im engen Schulterschluss mit den neuen und alten sozialen Bewegungen in Frankreich.

Klimatod? Heiße Luft!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

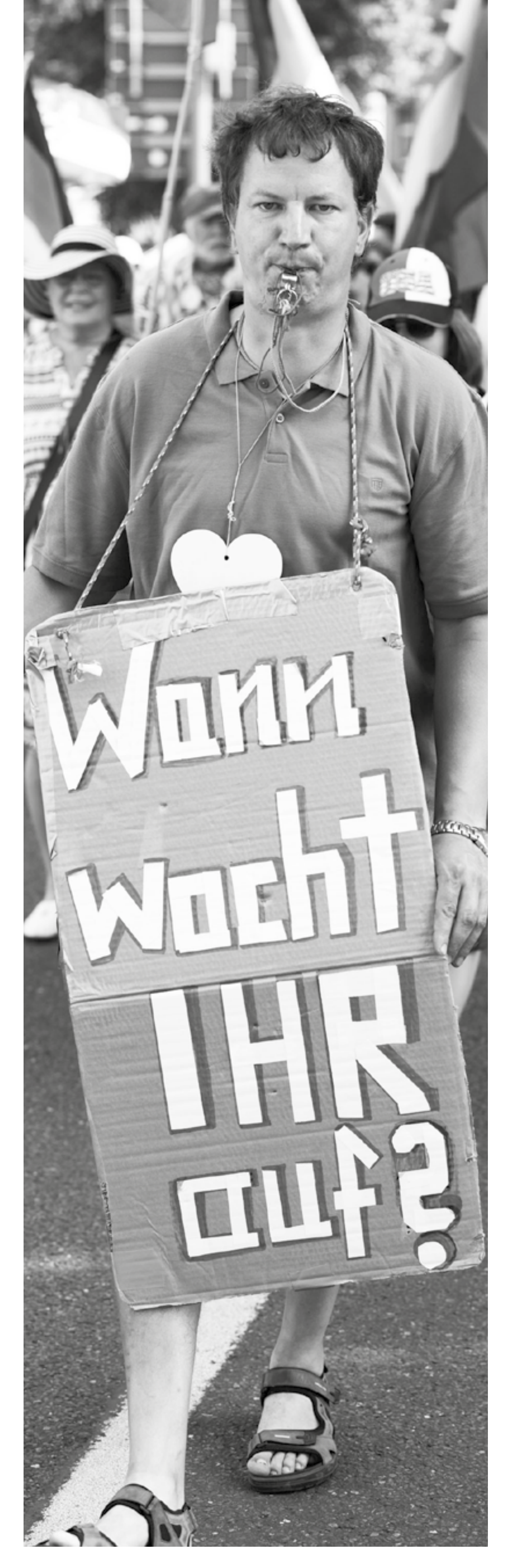
Die Wetterschnuckis überschlugen sich vergangene Woche mit Panikmeldungen zu sommerlichen Temperaturen und verbreiteten Überlebenstipps.

Können Sie sich noch daran erinnern, wie Sie sich als Kind auf den Sommer, Freibäder und Hitzefrei gefreut haben? Fröhlich gelbe Sonnen lachten bei der Wettervorhersage über die grüne Karte Deutschlands, wenn die Temperaturen die 30-Grad-Marke knackten. Heute erinnert die Wettervorhersage an einen möglichen Weltuntergang. In tief-dunkelroten Tönen zeigt sich hier die aktuelle Bedrohung: Sommer. Die Panikmaschine muss am Leben gehalten werden, der drohende, menschengemachte Klimawandel muss als Dauernarrativ im Angstrepertoire der Deutschen zementiert werden, komme, was wolle. Und manch ein Medium gibt bereits überraschende Überlebenstipps wie »viel trinken«, »wenig bewegen« und »meiden Sie die pralle Sonne«. Denn der plötzliche Hitzetod durch Klimawandel (!) kann jeden erwischen. Auch die Geboosterten.

PRÜGELEI IM FREIBAD DEMNÄCHST AUCH OBEN OHNE?

Abkühlung an heißen Tagen suchen wir alle. Und dass Freibäder nicht zu den leisesten Orten der sommerlichen Abkühlung zählen, wissen wir auch. Dass sie aber mittlerweile zu Orten von Vandalismus und Massenschlägereien verkommen sind, ist neu. Laut Medienberichten kam es vergangene Woche in einem Berliner Freibad zu einer Prügelei zwischen jungen Männern aus dem fernen Süden. Anlass soll eine Wasserpistole gewesen sein.

Als Sicherheitskräfte dazwischen gingen, eskalierte die Situation. 13 Streifenwagen und Teile einer Einsatzhundertschaft waren im Einsatz, um die Lage planschbar zu machen. Interessant sind derweil Stimmen aus den Reihen der SPD. Die Hamburger Sozialdemokratin Paulina Reineke-Rügge forderte in der *Bild*-Zeitung mehr Gleichberechtigung und möchte daher auch in Freibädern für Frauen »oben ohne« etablieren. Ohne Worte.



Demokrat fragt sich, wann die Schlafschafe endlich aufwachen werden. Foto: Georgi Belickin

ROTH AUF ABWEGEN IM WESTEN NICHTS NEUES

Unsere Kulturministerin Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen, scheint entweder Jenseits von Eden oder sie ist schlichtweg böse. Sie finanzierte mit öffentlichen Geldern antisemitische Darstellungen auf der Kunstmesse Documenta in Kassel. So zeigte ein großflächiges Gemälde der indonesischen Künstlergruppe »taring padi« einen Juden mit Dracula-Zähnen und mit SS-Runen auf dem Kopf. Daneben marschiert ein Schwein mit Davidstern auf dem Revers und der Aufschrift »Mossad« auf dem Helm. Es gab laut Medienberichten Warnungen an Roth, doch diese wurden offensichtlich von ihr überhört. Sie selbst zeigte in Interviews wenig Einsicht, argumentierte fadenscheinig.

Auf *tichyseinblick.de* schreibt ein Redakteur dazu: »Gleichzeitig war es ganz offenbar diese postkoloniale Begeisterung, die Roth blind für den Antisemitismus machte, der in Kassel bei Weitem nicht zum ersten Mal Hand in Hand mit dem ›Antirassismus‹ daherspaziert kommt. Im *woken* binären Weltbild, das die Menschheit in ›Farbige‹ und ›Weiße‹ einteilt, gehören Israelis und Juden zu den Letzteren und sind damit automatisch Unterdrücker.« Es bleibt wahnsinnig. Bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



»Nicht die feine englische Art«

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

Es gab einmal Zeiten, in denen ich der Richterschaft grundsätzlich mit dem gebotenen Respekt und voller Achtung in den Gerichtssälen gegenübergetreten bin. Selbstverständlich tue ich das immer noch. Nur leider passiert es in diesen Zeiten allzu oft, dass ich mich relativ zeitnah nach dem Beginn einer Verhandlung frage, ob die Beibehaltung vorgenannter Attribute noch sachgerecht sind.

Denn ich bemerke immer wieder vor allem in den Verfahren mit versammlungsrechtlichem Bezug, dass eine offenkundige Sachunkenntnis schnell mit den kuriosesten Aktionen der Richterschaft überdeckt werden soll. Ein schönes Beispiel dafür hatte eine noch sehr junge Richterin in Bad Kreuznach parat: Sie unterstellte mir nach einer ausführlichen rechtlichen Würdigung des Falles, welche ich zu Beginn der Verhandlung vorgenommen hatte, dass es ja »wohl nicht die feine englische Art« sei, dies erst jetzt in der Verhandlung zu tun und nicht bereits vorher, damit sie sich auf die Verhandlung hätte besser vorbereiten können.

Dazu muss man wissen, dass Strafrichter von Amts wegen dazu verpflichtet sind, alle rechtlichen Aspekte umfassend zu prüfen. Und genau dies hatte ich als Verteidiger meines Mandanten getan und vorgetragen. Das stieß natürlich nicht auf sehr große Gegenliebe bei der Richterin (und auch der ebenfalls sehr jungen Staatsanwältin). Denn es passte so gar nicht in das Konzept eines »kurzen Prozesses«, der lediglich für eine Stunde (mit drei Zeugen!) angesetzt war.

Kommen wir zurück auf meine eingangs beschriebenen Attribute. Mit welchem Empfinden soll ich also zukünftig dieser Richterin gegenüber treten, die mir auf meine vorgetragene rechtliche Argumentation lediglich entgegnet, das sei nicht die feine englische Art?

Ich habe jedenfalls klargestellt, dass die Inanspruchnahme von Verfahrensrechten der Strafprozessordnung sich nicht nachteilig für den Angeklagten auswirken dürfen und ein Strafprozess sicherlich keinen »Kuschelkurs« darstellt. Er wurde vertagt.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.



»SPALTUNG« ALS KAMPFBEGRIFF

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

»Wir dürfen uns nicht spalten lassen!« Diese Aussage hört man oft. Zeit sich mit dem Thema »Spaltung« auseinanderzusetzen.

Spalten kann man nur etwas, das zuvor eine Einheit war. Der österreichische Grundrechtsaktivist Alexander Ehrlich hat kürzlich diesen treffenden Vergleich gebracht. Ich möchte diesen Gedankengang aufgreifen. »Spalten« kann man einen Holzblock, eine politische Partei, eine Familie, also Einheiten. Doch wie sieht es mit der Demokratiebewegung aus? Liegt wirklich eine Spaltung vor, wenn man eine inhaltliche Zusammenarbeit mit der Identitären Bewegung oder den sogenannten »Reichsbürgern« ablehnt? Waren »wir« vorher eine Einheit? Hatten »wir«, die Demokratiebewegung, jemals dieselben Ziele? Ich habe kürzlich in meinem Telegrammkanal die Frage gestellt, wer der Ansicht ist, dass man mit den sogenannten »Reichsbürgern« organisatorisch, also zum Beispiel für Demonstrationen, zusammenarbeiten sollte. Rund 30 Prozent klickten dafür – nicht repräsentativ, reicht aber für ein Stimmungsbild aus.

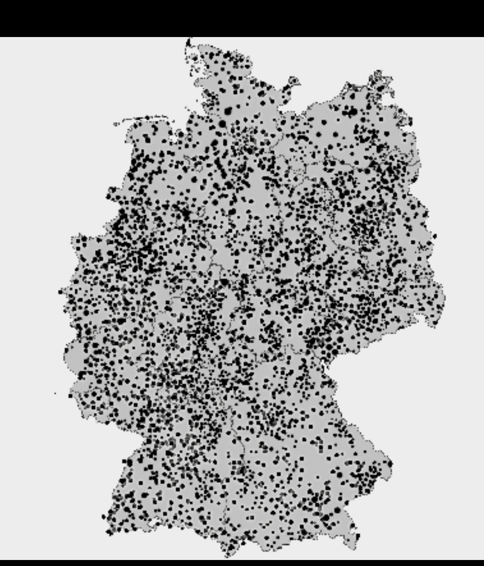
MONARCHISTEN, ROYALISTEN VS. SOUVERÄNISTEN UND REPUBLIK – KEINE KLEINEN UNTERSCHIEDE

Ich bin ehrlich gesagt schockiert, dass etwa ein Drittel der Antwortgeber diese Ansicht vertritt. – Warum? Weil ich ein Gegner der Meinungsfreiheit bin? Sicher nicht! Es gibt aber einen relevanten Unterschied, ob man andere Meinungen akzeptiert, was ich selbstverständlich tue, oder ob man eine organisatorische Zusammenarbeit mit Gruppierungen anstrebt, die offensichtlich eine andere Agenda, eine andere Zielsetzung haben, als die Demokratiebewegung. In der Argumentation der »echten« sogenannten »Reichsbürger« liegt die Antwort auf jedes aktuelle Problem offenbar im Deutschen Kaiserreich. Doch was haben Corona-Maßnahmen mit dem völkerrechtlichen Status unseres Landes zu tun? Nichts! Egal ob Siegermacht, neutraler Staat oder Feindstaat: WKII ist vorbei und Maßnahmen gibt es in vielen Ländern. Warum also sollte das Deutsche Reich die Lösung sein?

Man kann nichts spalten, was nie eine Einheit war und diejenigen, die, aus welchen Gründen auch immer, für »das Reich« auf die Straße gehen, haben andere Ziele als die Demokratiebewegung auf Basis des Grundgesetzes. Doch was ist mit Artikel 146 Grundgesetz? Mehr dazu in der nächsten Ausgabe #DW96!

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

MONTAGSSPAZIERGÄNGE FÜR AUFKLÄRUNG UND GEGEN JEDEN IMPFZWANG

ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – BERLIN-KÖPENICK, 18 Uhr, Rathaus – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Alte Pfarrkirche Pankow – BEXBACH, 18 Uhr, Rathaus – BAD GODESBERG, 18 Uhr, Bonnerie – ESENS, 19 Uhr, Kirchplatz – FRECHEN, 18 Uhr, St. Audomar – GANDERKESEE, 18 Uhr, Rathaus – GEFELL, 18 Uhr, Markt – HERZOGENAURACH, 19 Uhr, Marktplatz – HITZACKER, 18 Uhr, Am Butt – HUNGEN, 18.30 Uhr, Marktplatz – KAISERSLAUTERN, 18:30 Uhr, Innenstadt – KAMENZ, 18 Uhr, Markt – KAPPELN, 18 Uhr, Rathaus – KIEL, 18 Uhr, Asmus-Bremer-Platz – KLEINBLITTERSDORF, 18 Uhr, Rathaus – KÖNNERN, 20 Uhr, Rathaus – LINDAU, 18 Uhr, Altes Rathaus – MAINTAL, 16 Uhr, Rathaus – MARKTOBERDORF, 19 Uhr, Marktplatz – MOERS, 18 Uhr, Am Denkmal Neumarkt – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, Marktplatz – NÜNCHRITZ, 18 Uhr, Markt – NUSSDORF/Inn, 19 Uhr, Rathaus – PUDERBACH, 18 Uhr, Verbandsgemeindeverwaltung – RÜSSELHEIM, 18 Uhr, Theater – ST. BLASIEN,18 Uhr, Domplatz – STRALSUND, 18 Uhr, Trellerborger Platz – TODTMOOS, 18 Uhr, katholische Wallfahrskirche – TARP, 17.30 Uhr, Amtsgebäude – TRIPTIS, 19 Uhr, Markt – WEIL AM RHEIN, 18 Uhr, Rathaus – WEIL DER STADT, 18 Uhr, Viehmarkt

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE!
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.
WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 25.6.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 25.6.2022 14-18 Uhr	Berlin, Antonplatz	Kundgebung
Sa, 25.6.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 25.6.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 25.6.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug
Sa, 25.6.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 25.6.2022 14-20 Uhr	Frankfurt, Grüneburgpark	GROSSDEMO
Sa, 25.6.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 25.6.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 25.6.2022 14-18 Uhr	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso
Sa, 25.6.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 25.6.2022 11-17 Uhr	Hohen Neuendorf, gegenüber den Rathausplatz	BÜRGERMEILE
Sa, 25.6.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 25.6.22 15-17 Uhr	Leipzig, Augustusplatz am Mendebrunnen	Spaziergang
Sa, 25.6.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 26.6.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 26.6.2022 14-17:30 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Demoaufzug
So, 26.6.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 27.6.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-21 Uhr	Bad Neustadt, Marktplatz	Demo
Mo, 27.6.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Breite Str. 37	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 27.6.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 27.6.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 27.6.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 27.6.2022 17:30-20 Uhr	Hamburg, Winterhuder Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 27.6.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 27.6.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 27.6.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 27.6.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Bürgergarten	Bürgerstammtisch
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 27.6.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 27.6.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 27.6.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 28.6.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 28.6.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 28.6.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 28.6.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 28.6.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 29.6.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 29.6.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 29.6.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 29.6.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 29.6.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 29.6.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 29.6.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Do, 30.6.2022 18-21 Uhr	Bad Kissingen, Landratsamt	Demo
Do, 30.6.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 30.6.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 30.6.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 30.6.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 30.6.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 30.6.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 1.7.2022 17:30-21 Uhr	Berlin, Schönhauser Allee 36,direkt am Eingang Kulturbrauerei	MAHNWACHE + DEMO
Fr, 1.7.2022 18-21 Uhr	Frankfurt/Main, Taunusanlage	Demoaufzug
Fr, 1.7.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 2.7.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 2.7.2022 15-21 Uhr	Berlin, Volkspark Friedrichshain	Kundgebung
Sa, 2.7.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Umzug und Demo
Sa, 2.7.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 2.7.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 2.7.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 2.7.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 2.7.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 2.7.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 2.7.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 2.7.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 3.7.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug
So, 3.7.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 3.7.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
So, 10.7.2022 11-15 Uhr	Kaiserslautern, Volkspark	Klappstuhlfrühstück
So, 10.7.2022 14-19 Uhr	Remscheid, Schützenplatz	GROßDEMO
Sa, 16.7.2022 12-16 Uhr	Schwäbisch Gmünd, Johannisplatz (Innenstadt)	Kundgebung
Sa, 1.8-7.8.2022 14-20 Uhr	Berlin, am Bundestag	Demo
Sa, 6.8.2022 14-22 Uhr	Berlin, Mauerpark	FRIEDENSFEST
Mi, 17.8.2022 18-21:30 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
Fr, 9.9.2022 9-15 Uhr	Berlin, Platz der Republik	GROßDEMO
Sa, 17.9.2022 15-22 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
So, 2.10.2022 10-18 Uhr	Bodensee, im Osten des Friedensee	FRIEDENSKETTE

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



FRÜHER WAR ES BESSER

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Heute Morgen ging ich mit unserem Hund Gassi. Neben dem Weg entdeckte ich ein Fahrrad. Es war gegen 8:30 Uhr, als ich dem örtlichen Polizeirevier unter Angabe der Örtlichkeit telefonisch mitteilte, dass ich soeben ein Fahrrad gefunden hatte.

Ich hatte lediglich meinen Namen gesagt und wurde nicht nach weiteren Daten gefragt. Die Antwort lautete: »Wir sehen uns das mal an.« So wartete ich 45 Minuten und rief dann erneut an. Nach mehreren Fehlversuchen erreichte ich dann den Beamten. Dieser teilte mir mit, dass er den Baubetriebshof der Stadt benachrichtigt hätte, das Fahrrad abzuholen, die dann die Rahmennummer der Polizei zur Überprüfung übermitteln würde. Als ich daraufhin erklärte, dass ich als Finder die mir zustehenden Rechte in Anspruch nehmen möchte, bot ich an, zur Eigentumssicherung alternativ das Fahrrad zu mir nach Hause zu schieben. Der Baubetriebshof könne das Rad dann ja bei mir abholen. Nach einer Wartezeit von insgesamt einer Stunde entschied ich mich dazu, der Polizei mitzuteilen, dass ich jetzt mit dem Fahrrad zu mir nach Hause gehen würde, es ging jedoch niemand ans Telefon.

So schob ich das Rad bis zu mir, las die Rahmennummer ab und teilte diese dem Polizeirevier telefonisch mit. Ich wurde barsch gefragt, wie ich denn auf die Idee käme, das Fahrrad als Privatmann einfach mitzunehmen. Der Beamte echauffierte sich darüber, dass er ja jetzt erneut den Baubetriebshof anrufen müsse und, dass die ja das Fahrrad vor Ort gar nicht mehr finden würden. Dann wurde ich angemeckert, dass ich meine Personalien ja gar nicht angegeben hätte. Ich wies meinen Gesprächspartner darauf hin, dass es doch wohl nicht meine Aufgabe sei, bei der Meldung eines gefundenen Fahrrades den Beamten danach zu fragen, welche Informationen er von mir haben möchte.

Als ich noch »Polizist auf der Straße« und später auch noch im Ermittlungsdienst tätig war, wurde bei Hinweisen die Daten des Hinweisgebers und der Sachverhalt erfragt und dokumentiert. Bei Fundsachen wurde eine Streife geschickt, die vor Ort den Sachverhalt überprüfte. Das Telefonat endete damit, dass ich meine Daten noch einmal angeben durfte und mir zugesagt wurde, dass das Fahrrad bei mir abgeholt werden würde, sobald eine Streife frei wäre. Eigentlich hasse ich ja diesen Satz aber »Früher war doch Einiges besser!«

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: echte-polizisten.de und über das Projekt Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.

»KEINE EIGENE MEINUNG, HANDLE HIER AUF ANORDNUNG«

Spezialtrupps stürmten zum zweiten Mal in sein Haus. Der angesehene Hamburger Internist und Preisträger der Republik, Dr. Walter Weber, sieht sich mit politischer Willkür konfrontiert – und Handlangern, die nicht wissen, warum, für wen und für was sie überhaupt tätig sind. | DW-Interview

Herr Dr. Walter Weber, was geschah am Mittwoch, 15. Juni 2022, bei Ihnen zuhause in Hamburg?
Um Viertel nach neun klingelte es. Ich hatte für neun Uhr jemanden erwartet. In dieser Erwartung öffnete ich die Tür und prallte förmlich zurück, weil 15 Menschen mit schussicherer Weste und Pistole bei uns vor der Tür und im Vorgarten stehen.

Was wollten diese Leute von Ihnen?
Diese Leute hatten drei Hausdurchsuchungsbefehle, so sagte mir der Anführer. Einmal wegen zehn Maskenattesten, die ich ausgestellt habe. Dies obwohl ich gerade zwei Wochen zuvor auf dem Postweg eine Anklage wegen 47 Maskenattesten bekommen hatte. Diesmal ging es um zehn weitere: An Bahnhöfen sieht die Bundespolizei ja gleich, wer keine Maske trägt. Wenn die Menschen Atteste vorlegen können und dort Dr. Weber draufsteht, werden diese wohl gleich einkassiert und zentral gesammelt. Auf die Art wurden wohl zehn weitere Maskenatteste von mir eingezogen.

Auffällig ist, dass Sie am Vortag des offenbar willkürlich angesetzten Einsatzes gegen Ihre Person eine Rede bei einer regulären Demonstration vor einer Filiale des Paul-Ehrlich-Instituts in Halle gehalten hatten.
Ja. Schon 2021 hatte ein solcher willkürlicher Hausbesuch mit Durchsuchung bei mir stattgefunden. Und dies nur wegen eines einzelnen Maskenattestes. Ein Staatsanwalt aus Hamburg hatte eine Hausdurchsuchung beantragt, den Hausdurchsuchungsbeschluss hatte eine Amtsrichterin unterschrieben. Soviel also zur Maske. Mit der zweiten Durchsuchung wird nun noch etwas anderes versucht. Es gibt nun zwei weitere höchst seltsame Anklagen, die offenbar ohne Namen und Absender erhoben wurden.

Was wird Ihnen noch vorgeworfen?
Ich mache auch Krebsbehandlungen und zwei dieser Behandlungen seien demnach wohl nicht so gut gewesen. Sie konnten nicht sagen, wer sich beklagte und ich auch nicht erraten, wer sich dahinter verbirgt.

Wie verlief der neuerlich ungebetene Besuch bei Ihnen weiter?
Der Trupp hat das gesamte Haus durchsucht. Sie sammelten alle meine Krebspatienten-Akten ein und nahmen sie mit. Dabei hatte ich darauf hingewiesen, dass darunter kein einziges Maskenattest ist, man könne ja die rund zehn Aktenordner daraufhin durchblättern. Da es ja um Maskenatteste gehe, wie der Truppführer mir sagte, könnten hier nicht die Akten der Krebspatienten mitgenommen werden. Sie haben es trotzdem



Schwarz gekleidete, gewaltbereite Regimetruppen sollen ehrbare Bürger, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen, einschüchtern. Foto: Georgi Belickin

gemacht. Zudem haben Sie meine Computer und Telefone gespiegelt, also sämtliche Daten übertragen und digital mitgenommen. Fast schon ein Fortschritt: Bei der Hausdurchsuchung im vergangenen Jahr wegen des einen Attests hatte man mir meine gesamte Ausrüstung abgenommen. Um noch arbeiten zu können, musste ich damals also am selben Tag Computer und Telefon neu kaufen. Die Trupps suchen also Kontakte, wollen mich durchleuchten. Aber ich habe, wie man so sagt, nichts zu verheimlichen.

Trotzdem ist es ein Einbruch in ihre Privatsphäre, ihre Arbeit, das Brief- und Fernmeldegeheimnis und, mehr noch, in die Patientendaten. Oder?
Ja. Im Licht des anderen Vorwurfs von anderer Stelle, ich hätte zwei Krebspatienten möglicherweise nicht richtig behandelt – was ich nie zuvor gehört habe –, wurde diese Beschlagnahme noch obskurer. Ich kann dem Vorwurf ja nicht begegnen, wenn mir zunächst nicht gesagt wird, ob überhaupt, und wenn ja, *welche* Leute diesen Vorwurf erheben. Und ich habe dann bei Gericht keine Akten, um den Vorwürfen sachlich vollständig zu begegnen, weil meine Patientenakten konfisziert und unter Verschluss sind.

Sie sind sehr erfahrener und sehr gut angesehener Internist mit eigener Praxis in Hamburg – und das seit Jahrzehnten. Nun sollen Sie ganz offensichtlich von Staat und Pharmalobby eingeschüchtert werden. Am Beispiel der Maske, was meinen Sie: Warum will das Corona-Regime unbedingt diese Masken durchsetzen?
Ich habe keine Ahnung, warum das Regime diese absurden Masken durchsetzen will, ich kann nur Vermutungen anstellen. Als das mit den Masken im April 2020 begann, habe ich bei der Weltgesundheitsorganisation WHO nachgeschaut. Die WHO hatte zu dem Zeitpunkt zehn randomisierte Studien veröffentlicht. Das Ergebnis fiel jeweils wie folgt aus: Masken bringen bei Viruserkrankungen überhaupt nichts. Das heißt: Die höchste medizinische Autorität hat also festgestellt, dass sämtliche Masken keinen Vorteil gegen Viren bringen.

Sind diese Durchsuchungen ein Versuch, Ihre Existenz als Arzt zu vernichten?
Das würde denen zumindest nicht gelingen. Denn einige Patienten kennen die Vorgänge ja, finden das empörend, werden schreiben und klagen, dass man unberechtigterweise ihre Akten mitgenommen hat. Existenzbedrohlich ist das Ganze also noch nicht, auch wenn das möglicherweise so intendiert ist, durch den Versuch der Rufschädigung und Ehrverletzung. Doch wer mich kennt, für den ist es fast schon rufförderend. Im Vergleich zu anderen unter Druck gesetzten Oppositionellen haben sich die Beamten hier noch anständig verhalten. Als ich nach der Sinnhaftigkeit der Operation fragte, antwortete mir ein Beamter: »Ich habe keine eigene Meinung, ich handele hier auf Anordnung.«

Auf wessen Anordnung?
Auf Anordnung einer Amtsrichterin, deren Identität ich hier noch nicht preisgeben möchte. Die Bearbeitung mit meinem Anwalt läuft noch. Es ist ohne jeden Zweifel Willkür und unverhältnismäßig. In Hannover hat beispielsweise ein Landgericht eine vergleichbare Durchsuchung rundheraus abgelehnt mit der Begründung, diese sei willkürlich, unverhältnismäßig und dabei kämen Patientenakten in die Hände des Staates und die Hände von Personen, in diese einfach nicht gehörten.

Sie sind leider nicht der einzige Arzt, dem diese Einschüchterungsversuche passieren. Welche weiteren Fälle kennen Sie?
Dr. Mark Fiddicke, Dr. Olaf Müller-Liebenau, Dr. Rolf Kron, Dr. Ronald Weikl und viele weitere Beispiele gibt es. Das sind allesamt sehr gut angesehene, vernünftige Ärzte. Die Organisation Ärzte für Aufklärung kümmert sich darum. Zudem gibt es einen Telegram-Kanal für »Ärzte mit Razzia«. Insgesamt muss es demnach mindestens 100 Ärzte-Razzien in Deutschland gegeben haben, gut verteilt über das gesamte Bundesgebiet. Allesamt Medizinerinnen und Mediziner, Wissenschaftler, die das Corona-Narrativ in Frage gestellt haben.

Warum sind Sie in der Opposition?
Meine Berufsaufassung: Ich sehe mich als Anwalt des Patienten, nicht als Handlanger des Staates. So steht es auch in unserer Berufsordnung: Wir Ärzte dürfen keine Anweisungen von Dritten entgegennehmen, Paragraph 2, Absatz 4. In der Präambel steht vollmundig: »Ich versichere bei meiner Ehre, dass ich auch unter Bedrohung die Menschlichkeit aufrecht erhalte.« Ich habe mich daran gehalten.

Wie geht es für Sie weiter?
Ich lasse mich nicht einschüchtern und kläre weiterhin auf – zusammen mit den Ärzten für Aufklärung. Und zwar über Begriff und Situation der Pandemie, über die Sinnhaftigkeit oder Unsinnigkeit des PCR-Testes, über die Masken in allen Varianten und die vermeintlichen Impfstoffe. Wir sind wissenschaftsorientiert und klären auch unter Bedrohung auf.

Dr. Walter Weber, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz

Cogito, ergo: dumm!

Oder »Ein Blick über den Tellerrand des Rationalismus« | Von Hannes Henkelmann

In Bochum treffe ich Thorsten Krawinkel. Wir sprechen über Würde, Wissenschaft und die Astrologie.

Stellen Sie sich bitte kurz vor!
Mein Name ist Thorsten Krawinkel. Ich bin ledig und im Jahr 51 vor Corona geboren. Ich bin Chemiker, Kabarettist und Autor. Außerdem übe ich mich in der alten Kunst der Astrologie. Das bringt das eine oder andere an Querdenkerei mit sich – so wurde ich natürlich aktiv bei Querdenken234.

Über die Naturwissenschaft schrieben Sie: »Cogito, ergo: dumm!« Den Satz kenne ich irgendwie anders.
Das war der Titel eines Essays auf Rubikon. Ich versuchte darin meine Eindrücke im Corona-Wahnsinn zu ordnen. Die Wissenschaft macht gern einen Bogen um diesen Punkt, aber es ist doch die Lebenslüge der gesamten Zunft: also diese Annahme, dass wir mit dem Denken, unserer kleinen smarten Intelligenz das Leben, das Sein »in Gänze« erfassen könnten. Denn diese Prämisse ist lediglich willkürlich gesetzt!

Beweise dafür gibt es schlichtweg nicht, ja es kann sie gar nicht geben. Trotzdem maßt die Wissenschaft sich nun an – Hohepriestern gleich – die ultimativen Wahrheiten auszulegen. Seit Corona, dieser neuen Stunde Null, soll »Folge der Wissenschaft« offenbar ohne Widerworte und bis in den allerletzten Winkel der Existenz gelten. Und wenn man so denkt – ist es wirklich dumm.

Wo wird das Vergöttern der Logik zum Problem?
Artikel 1 lautet »Die Würde des Menschen ist unantastbar« und die Pointe ist nun: Die Würde des Menschen ist ja ebenfalls, diesmal aber ganz bewusst, gesetzt. Sie ergibt sich eben nicht evidenzbasiert aus irgendeinem Datensatz X im Verhältnis zu den Messungen Y. Die Würde liegt auch nicht im So-oder-so-Sein, sondern im Sein selbst, im Sein an sich. Die Würde ist die Würde, ist die Würde. Das Sein ist das Sein ist das Sein. Die Hygiene-Taliban und die Big-Tech-Fundamentalisten gehen aber nun mit der Planierraupe über die Heiligkeit des Lebens hinweg. Nach dem Motto: Die Menschenwürde ist antastbar, sie ist belastbar und – Achtung, Tusch! – sie ist vernachlässigbar.



Thorsten geht locker und lustig ins Luftzeitalter über. Foto: Georgi Belickin

Was liegt denn astrologisch in der Luft, dass die alte Welt so aus den Angeln geht?
Zeitlich stehen jeweils 220 Jahre unter der Herrschaft eines der vier Elemente: Feuer, Erde, Wasser und Luft. Gerade erleben wir das Ende der Erdepoche seit 1802. Das Industriezeitalter geht zu Ende und eine Ära im Luftelement beginnt: Das Informationszeitalter mit Internet, virtuellen Welten und künstlicher Intelligenz. Endgültig begonnen hat es exakt mit dem Start der Gentherapien, also der Impfung. Sehr anschaulich kann man das Prinzip am letzten Erde/Luft-Übergang erläutern.

Damals um 1200 herum wurde die kompakte erdverbundene Romanik von der himmelwärts strebenden Gotik abgelöst. Heute scheint das Ende des materiellen Bargelds (Erde) in Sichtweite und ein virtuelles Metaversum (Luft) öffnet seine Pforten – nicht zu vergessen, das Mega-Luft-Thema, Klima!

Ist der sprichwörtliche Zeitgeist also im Wandel?
Ja, die alte Zeit ist definitiv passé. Das Luftmotiv gibt allem einen ganz neuen Grundton. Mit diesen Kategorien lässt sich leider nicht verhandeln. Die Frage ist jetzt, was wir daraus machen, ob der Planet zum zwangsneurotisch-technokratischen Todesstern à la Klaus Schwab verkommt oder ob wir uns gemeinsam unsere Freiheit und unsere Luft und Lust zum Atmen wieder holen.

Hat die Wissenschaft auch nur ein halbes Ohr für die Welt der Astrologie?
Leider kaum. Ich muss hier schon den guten alten Robert Gernhard leicht variieren und sagen: Die große Masse wird es nie begreifen – die Pfeifen!

Philosophieren Sie nur oder sind Sie auch auf der Straße?
Hundert Demos müssten es inzwischen sein. Meine erste Rede war sogar gesungen – eine Umtextung von Nena: »99 Grippeviren und die Welt auf allen Vieren. Als kämen UFOs aus dem All. Achtung Katastrophenfall! Angst und Panik greifen um sich – aus der Glotze: Schnell versteck dich!«, und so weiter.

Mit Querdenken Bochum hatten wir zwei Großdemos. Aktuell protestieren wir monatlich. Und aufgeben ist keine Option. Zur Not halte ich es mit einer alten BVB-Legende, der meinte: »Ich bin im Leben dreimal um die Erde gelaufen, aber immer dem Ball hinterher.«


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

ZU »FREIHEIT STATT BLUMEN« IN DW N° 90

Bei manchen Leserbriefen über diesen Artikel entsteht bei mir als Psychologe und Sozialarbeiter ein gewisser Widerstand. Ich habe nun schon mehrere Leserbriefe gelesen, in denen der Autorin der Vergleich zwischen Impfzwang und freier Entscheidung über Abtreibung abgesprochen wird, weil es bei der Abtreibung um die Tötung menschlichen Lebens ginge. Es mag nicht das Gleiche sein, dennoch ist ein Vergleich zumindest teilweise möglich, denn es geht dabei auch um die freie Entscheidung über den eigenen Körper. Manche rigiden Abtreibungsgegner sprechen den Frauen die Fähigkeit ab abzuwägen und denken, Abtreibung soll als Verhütungsmittel genutzt werden. Das ist aber fast nie so. Fast immer sind betroffene Frauen in schwerer Not, oft sind sie blutjung und einfach zu unerfahren, um an Verhütung gedacht zu haben, oder sie haben es falsch gemacht. Es gibt kurz gesagt viele mögliche Szenarien, die nichts mit böser Tötungsabsicht zu tun haben. Außerdem führt ein Verbot oder eine Einschränkung der Möglichkeit, Abtreibungen durchzuführen, immer zu illegalen Abtreibungen, die das Leben der Mütter gefährden. Die Abtreibung wird nicht seltener, sondern gefährlicher. Hierzu empfehle ich den preisgekrönten Film »Vier Monate, drei Wochen und zwei Tage«.
– Thomas D.

ZU ÜBERFALL-MELDUNG IN DW N° 91

Die SEK-Polizisten haben die Tür aufgebrochen, obwohl Paul Brandenburg in der Wohnung war. Schlimmer als in der DDR der 80er Jahre. Leute, das ist KEINE Demokratie mehr, das ist ein Gesinnungs-Staat. Das schlimmste Verbrechen in so einem Staat: GEDANKEN-Verbrechen.
– Reinhold B.

ZU »DER MENSCH ALS TOASTBROT« IN DW N° 94

Sehr geehrter Herr Krawinkel, bester Artikel seit Jahren zum Thema »Zivilisation«, aktuellem Zeitgeschehen und der geplanten Zukunft der Menschheit. Herzlichen Dank für diesen »Lichtblick« auf einen klaren Geist und hohe Kunst.
– Elke G.

ZUM TITELBILD VON DW N° 94

Das ist Venedig – aber sowas von! Es sieht ja heute noch so aus. Herzliche Grüße
– Christiane H.-K., Geisenheim-Johannisberg

MUTIGER JOURNALISMUS

Es ist unfassbar, was in Deutschland und anderswo passiert! Die Demokratie und das Grundgesetz sind ausgehöhlt, die Medien, Justiz, Bildung sind staatsgesteuert, gedeckelt, zensiert. Ihr seid so mutig mit dieser Zeitung – es ist die einzige, die wir abonniert haben und von A-Z lesen! Bleibt stark. Ihr seid die Vorbilder für eine neue menschenwürdige Zukunft!
– Ingeborg und Frank H.

AUF DEM SCHIRM
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

Leere Taschen bei den gesetzlichen Krankenversicherungen

Wenn nicht noch ein Wunder geschieht, sind unsere Krankenkassen bald pleite. Müssen wir uns in Zukunft alle privat versichern? | Von Hermann Ploppa

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK), Andreas Storm, läutet die große Alarmglocke: »Lauterbach muss jetzt gemeinsam mit dem Bundesfinanzminister den 70 Millionen Versicherten die Frage beantworten, ob und wie er den drohenden Beitragstsunami noch verhindern will.«

Tatsächlich hat das Institut für Gesundheitsökonomik errechnet, dass den Gesetzlichen Krankenkassen im kommenden Jahr 2023 etwa 25 Milliarden Euro zur Erbringung ihrer Leistungen fehlen werden. Weiß Gott kein Bagatellbetrag. Und für den Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen spielt deren Direktorin Doris Pfeiffer auf die aktuell grassierende Inflationswelle an: »Die Bundesregierung muss sich überlegen, ob es unter den aktuellen Bedingungen gut wäre, wenn im nächsten Jahr die Beitragssätze um einen Prozent ansteigen.« Dann beliefe sich der Arbeitnehmerbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung bereits auf 17,1 Prozent. Das wäre immerhin bei einem Bruttogehalt von 3.500 Euro monatlich eine zusätzliche Belastung von 38,50 Euro.

Nicht gerade hilfreich in einer Zeit mit zweistelligen Preissteigerungsraten gerade bei Lebenshaltungskosten. Nun gehört Alarmismus zu unserer medialen Wirklichkeit wie das Wasser zum Regen. Dennoch ist den Vertretern der gesetzlichen Krankenversicherern (GKV) beizupflichten: Die Bundesregierung meint es nicht gerade gut mit den öffentlichen Krankenkassen. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach war eigentlich schon vor drei Monaten am Zug, die Dekkungslücken der Kassen durch Bundesmittel für das nächste Jahr zu stopfen. Das erbost die GKVs. Denn sie brauchen Planungssicherheit. Das Recherchenetz Deutschland: »Lauterbach will mit dem Gesetz (zur Deckung des Defizits) auch die Kassen zwingen, ihre Rücklagen von gegenwärtig noch etwa zehn Milliarden Euro weiter abzubauen, um den Fehlbetrag zu senken.« Nun, zehn Milliarden Euro reichen gerade einmal aus, um die Kassenleistungen für einen halben Monat abzudecken.

STRUKTURFEHLER IM GESUNDHEITSSYSTEM

Solche Löcher im Geldspeicher der öffentlichen Krankenkassen sind nichts Neues. Bereits in diesem Jahr besteht ein Defizit in der genannten Höhe. Doch weil die Aufregung über die Corona-Politik noch sehr groß war, hat die Bundesregierung im November 2021 für dieses Jahr einen Zuschuss aus Steuermitteln in Höhe von 28,5 Milliarden Euro ganz geräuschlos an die GKVs überwiesen. Doch jetzt will man die Krankenkassen offensichtlich auflaufen lassen. In früheren Jahren sprang die Bundesregierung schon regelmäßig jedes Jahr mit 14,5 Milliarden Euro in die Bresche. Da stimmt natürlich etwas in der Konzeption nicht, wenn man immer wieder was zuschießen muss.

Dieser Strukturfehler resultiert aus der Einführung des so genannten Gesundheitsfonds am 1. Januar 2009 mit dem forschen Namen: »Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung«. Man wittert es schon: Hier waren wieder marktradikale Wanderprediger am Werk. In diesem Falle zeichnet der Dortmunder Ökonom Wolfram F. Richter verantwortlich. Dem Ganzen liegt der Glaube zugrunde, auf öffentliche Versorgung ließe sich die pure Marktlogik anwenden. In diesem Falle die gesetzlichen Krankenkassen mit dem Stachel der Konkurrenz zu niedrigeren Ausgaben zu treiben.

Vor allen Dingen aber fließen jetzt alle Krankenkassenbeiträge der GKVs in einen großen Topf, nämlich in den so genannten Gesundheitsfonds. Über den Topf wacht und regiert der Bundesgesundheitsminister. Und der alleine bestimmt, was mit dem Geld gemacht wird. Von diesem großen Topf fließt dann Geld an die einzelnen Krankenkassen. Und als Zuckerli für diese Entmündigung der Krankenkassen gibt's dann immer wieder Zuschüsse aus dem Steuerzahlertopf. Die Krankenkassen müssen jetzt schön brav und still sein.

Dazu kommt, dass im Laufe der Jahre die Bundesregierung den Krankenkassen immer mehr sogenannte »betriebsfremde« Leistungen aufgebrummt hat. Also Leistungen, die eher sozialer Natur sind, als dass sie der Deckung medizinischer und pflegerischer Kosten dienen. Zum Beispiel: Krankengeld für die Betreuung von Familienangehörigen; Mutterschaftsgeld, beitragsfreie Familienangehörige, Schutzimpfungen oder Haushaltshilfen bei Rehabilitation. Und immer größer wird die Bürde durch Leistungen für Hartz IV-Empfänger, die leider selber nichts in die GKVs einzahlen können. Anstatt diese versicherungsfremden Leistungen zu entkoppeln und woanders abzudecken, sind die Krankenkassen jetzt jedes Jahr auf Almosen aus Berlin angewiesen.

KORRUPTION BIS ZUR KASSENPLEITE

In der Corona-Kampagne fielen nun alle Hüllen. Bundesgesundheitsminister Spahn, bekanntermaßen kein Freund der gesetzlichen Krankenkassen, verfügte außergewöhnlich großzügig über die knappen Mittel des Gesundheitsfonds. Traurige Berühmtheit erlangte das so genannte Covid-19-Entlastungspaket vom 28. März 2020. Da Spahn davon ausging, dass eine fürchterliche Massenepidemie ins Haus steht, belohnte er die Verschiebung von nicht vital entscheidenden Operationen und Reha-Maßnahmen mit üppigen Entschädigungen. Und für jedes neu geschaffene Intensivbett spendierte Spahn 50.000 Euro aus dem Gesundheitsfonds. Dabei sind sieben Milliarden Euro verbrannt worden. Die Krankenhäuser meldeten fleißig neue Intensivbetten.

Die *ARD*-Sendung *Kontraste* meldete im Juli 2020, dass es für 7.305 gemeldete Intensivbetten keinerlei Existenzbeweis gab. Ein Schelm wer hier von Korruption zu sprechen wagt. Für jedes leer bereitgehaltene Intensivbett gab es pro Tag eine Gratifikation aus dem Gesundheitsfonds von 560 Euro; ab Juli 2020 dann gestaffelte Belohnungen zwischen 360 und 760 Euro pro Tag. Davon profitierten auch hochprofitable Orthopädie-Kliniken. Insgesamt verteilte Spahn als Glücksfee im Jahre 2020 66 Milliarden Euro aus dem Gesundheitsfond. Weitere Fördermittel gab es für Krankenhäuser seit dem 19. November 2020 für angeblich überlastete Intensivstationen – was sich aber als eine gigantische Bilanzfälschung herausstellen sollte.

Dass nach diesen Kosten-Tsunamis die gesetzlichen Krankenkassen überhaupt noch aufrecht stehen können, grenzt an ein Wunder. Das Ungemach wird jedoch weiter zunehmen. Denn immer mehr Gesundheitseinrichtungen werden privatisiert. Mit der Privatisierung ändert sich notwendig das Unternehmensziel. Es geht nicht mehr um die optimale Versorgung der Bevölkerung, sondern um optimale Rendite für die Investoren. Jetzt werden sogar in großem Stil ambulante Medizinische Versorgungszentren (MVZ) von Anlage-Firmen aufgekauft. Eine Studie für Bayern hat bereits ermittelt, dass Heuschrecken-MVZs etwa zehn Prozent mehr Umsatz generieren als Arzt-geführte Medizinische Versorgungszentren. Die vor Jahren eingeführte Fallpauschale belohnt zudem den Arzt, der Maßnahmen durchführt und bestraft den Arzt, der sich mit Beratung und erhaltenden Maßnahmen bescheidet.

Bei den gesetzlichen Krankenversicherungen gibt es viel zu holen. Immer noch sind nämlich nur 8,7 Millionen Bundesbürger privat versichert. Nur diese Leute und ihr Geld lassen sich mit der Börse verlinken. Immer noch sind 73,3 Millionen Bundesbürger gesetzlich krankenversichert – das sind 88,1 Prozent der deutschen Bevölkerung. Für diesen Riesenmarkt lohnt es sich, die gesetzlichen Krankenkassen in die Insolvenz zu reiten. Passen Sie auf sich auf und vor allem: Bleiben Sie gesund!



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.



In der Banenrepublik Deutschland greift die Korruption um sich. Auch die Gesundheitskasse ist längst zum Selbstbedienungsladen für Politik und Globalkapital verkommen.
Collage: Ute Feuerstacke

Motor Mittelstand: Wir sind die 99 Prozent

Die neue »Kolumne Mittelstand« | Von Wolfgang Greulich



Was muss noch passieren, damit die 99 Prozent aufbegehren? Foto: Georgi Belickin

Nichts wurde in den letzten Jahrzehnten so vielfältig und dehnbar diskutiert wie der Begriff Mittelstand. Waren es für die normalen deutschen Bürger eher die kleineren Unternehmen und die Handwerksbetriebe, galten in der Industrie jedoch auch Unternehmen mit mehreren Tausend Mitarbeitern häufig immer noch als Mittelstand. Verschiedene Verbände haben verschiedene Definitionen geprägt.

Eines jedoch ist sicher, die ganze Welt hat uns um unseren deutschen Mittelstand beneidet. Jahrzehntelang hat dieser Mittelstand unserem Land und damit auch den Menschen eine national und vor allem international einmalige Stellung verschafft. Der Mittelstand steht für das internationale Label »Made in Germany« genauso wie für Innovation, Technologie und einem nach vorne gerichteten einzigartigen Wirtschaftsmotor. Die Synergien zwischen kleinen Unternehmen als Partner für die Großunternehmen sind einzigartig. Eine sehr gute Definition für den Mittelstand ist, dass ein Unternehmen dann dazu gehört, wenn es inhaber- oder familiengeführt ist. Dann gehört der Kiosk an der Ecke eben genauso dazu wie zahlreiche Großunternehmen. Wichtig ist, dass das Unternehmen unabhängig von der Größe vom Inhaber und/oder seiner Familie geleitet und geführt wird. Über 99 Prozent der Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU), sie stellen mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze und erwirtschaften dabei mehr als jeden zweiten Euro der Nettowertschöpfung.

DER MITTELSTAND MUSS MUTIGER WERDEN

In Zahlen bedeutet das laut dem Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft (BVMW) konkret: 3,5 Millionen sind KMU, 99,5 Prozent sämtlicher Unternehmen sind KMU, 81,7 Prozent der Auszubildenden kommen aus KMU-Unternehmen, 58 Prozent sämtlicher sozialversicherungspflichtiger Beschäftigten arbeiten in KMU-Unternehmen, 91,7 Prozent der deutschen Exporteure sind KMU-Unternehmen, und ganz wichtig, 1.307, also knapp die Hälfte, von weltweit 2.700 »Hidden Champions« sind deutsche Mittelständler.

Lässt man diese Zahlen auf sich wirken, dann weiß jeder, welche Macht hinter diesen Zahlen steht beziehungsweise stehen könnte. Auch wird klar, welche Kräfte hier zum Wirken kommen könnten, konzentriert und dennoch friedlich eingesetzt. Zieht man hier noch in Betracht, dass die summierte unternehmerische Abgabenlast in Deutschland für all diese Unternehmen weltweit einen einsamen Spitzenplatz einnimmt, dann wird bewusst, welche zusätzliche explosive Sprengkraft hinter diesen Zahlen steckt. Aber, so ist es leider, und gerade die letzten beiden Jahre haben das mehr als deutlich gezeigt, der typische deutsche Unternehmer ist leicht zu instrumentalisieren, gehorcht und macht, was man, also in dem Fall die Politik, ihm sagt beziehungsweise gesagt hat.

DIE SELBSTZERSTÖRUNG MUSS EIN ENDE FINDEN

Dabei hätte ein Aufschrei der 99 Prozent erfolgen müssen, denn es war doch relativ schnell klar, was da eigentlich läuft. Und es war auch schnell sichtbar, dass der Mittelstand Ziel einer wahrlich kranken Agenda war und leider immer noch ist. Klaus Schwabs Buch über die Vorstellungen der Eliten musste man dazu nicht auswendig lernen, lesen hätte gereicht. Es stimmt, die Medien haben es nicht verraten, im Gegenteil, sie wurden und werden dazu benutzt, die Wahrheit zu verschleiern, um die Menschen, und damit auch die Unternehmer, mit Lügen elend zu manipulieren und in die Angst zu treiben.

Der Blick in den Rückspiegel ist niemals gut, mit offenem Visier nach vorne gehen allemal die bessere Strategie. Natürlich werden sich auch die Unternehmer irgendwann fragen müssen, konntet ihr nicht oder wolltet ihr nicht, denn gerade diese 99 Prozent hätten locker die Chance gehabt, das Thema zu beenden, gemeinsam mit einer stetig wachsenden friedlichen und unpolitischen Bewegung auf der Straße. Das ist nicht passiert, ganz im Gegenteil, der Mittelstand hat aktiv zu seiner eigenen Abschaffung beigetragen und tut es immer noch. Aber es ist nie zu spät, der richtige Zeitpunkt, etwas zu tun, etwas zu erledigen, ist immer jetzt.



Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

MELDUNG

ERSTE LIEFERUNG SCHWERER WAFFEN ERFOLGT

Berlin/DW. Deutschland hat mit sieben Panzerhaubitzen 2000 die ersten schweren Waffen in die Ukraine geliefert. Zudem veröffentlichte die Bundesregierung eine bis dato geheime Liste über Waffen und Rüstungsgüter, die bereits geliefert wurden, beziehungsweise noch geliefert werden sollen. (nir)

AKTIEN IM AUSVERKAUF

Frankfurt/DW. Der deutsche Aktienindex DAX gerät immer mehr unter Druck. Seit dem Rekordhoch bei knapp 16.300 Punkten im Januar 2022 hat der DAX inzwischen rund 3.000 Punkte eingebüßt. Viele Anleger werden nervös, Marktbeobachter gehen von einer weiteren Talfahrt aus. Die Zinswende der US-amerikanischen Notenbank (FED) sorgt dafür, dass weltweit Kapital aus Aktienwerten und auch Risikoinvestments wie Kryptowährungen abfließt. Auch der US-amerikanische Aktienindex »Dow Jones« verzeichnet einen Verlust von circa 20 Prozent seit seinem Hoch bei knapp unter 37.000 Punkten Anfang des Jahres. Die Indizes befinden sich somit in einem nachhaltigen Negativtrend. (ber)

PANZERKNACKER AG UND GREAT RESET

In Deutschland kommt es immer öfter zu Sprengungen von Geldautomaten. Politik und Verfolgungsbehörden zeigen sich machtlos im Kampf gegen eine Handvoll Bankräuber.

Von Hermann Ploppa

Eigentlich galt das ehrbare Gewerbe des Bankräubers als ausgestorben. Die Bankfilialen haben ihre Bargeldbestände minimiert. Der Zeitraum vom Schalteralarm bis zum Eintreffen der Polizei hat sich deutlich verkürzt. Es lohnt nicht mehr, für das bisschen Zaster einige Jahre hinter schwedischen Gardinen einzuplanen.

Umso mehr erstaunt jetzt die Nachricht, dass immer häufiger Geldautomaten in der Nacht nicht nur geknackt, sondern regelrecht mit Explosivstoffen oder »Blitz-Knall-Körpern« aus der massiven Wand gesprengt werden. Im Corona-Jahr 2020 wurden bei über 400 Attacken auf Geldautomaten immerhin 17 Millionen Euro erbeutet. Allein im Bundesland Nordrhein-Westfalen knallte es im Jahre 2020 176 Mal. Wenn wie in diesem Jahr jeden Monat 18 Geldautomaten in NRW attackiert werden, könnte das Jahr 2022 mit erwarteten 220 Angriffen einen neuen Rekordstand ergeben.

Die Täter sollen aus den Niederlanden, genauer aus dem Großraum Utrecht, Amsterdam oder Rotterdam stammen und niederländisch-marokkanische Wurzeln aufweisen. Die Panzerknacker sollen besonders kaltblütig und brutal vorgehen. Bei einer Polizeikontrolle hätten sie sich einfach über die Grünanlagen davongemacht und dabei um ein Haar noch einen Polizeibeamten überfahren. Die Staatsgewalt entschließt sich jetzt zum Handeln und will eine »Risikoanalyse« durchführen lassen durch eine eigens eingerichtete Sonderkommission BEGAS (Bekämpfung und Ermittlung von Geldausgabeautomaten-Sprengungen).

GELDAUTOMATEN SOLLEN ABGEBAUT WERDEN

Soviel hat man jetzt schon beschlossen: Die Zufahrten zu den Geldautomaten sollen besser geschützt und die Innenräume besser überwacht werden. Aber die wichtigste Maßnahme soll die Abschaffung der Geldautomaten sein. Hier gehen die Niederlande glorreich gegen »Plofkraak« vor: Die Zahl der Geldautomaten ist auf 4.900 reduziert worden. Nordrhein-Westfalen hat jetzt noch bei gleicher Bevölkerungszahl 11.000 Geldautomaten. Auch die nächtliche Schließung oder die drastische Verkürzung der Öffnungszeiten ist in der Diskussion.

Das kann es doch wohl nicht sein. Wenn in einem dicht besiedelten Wohngebiet eine Bande von Panzerknackern in eine Bankfiliale eindringt und dort auffällige Arbeiten ausführt, dann kann das doch nicht verborgen bleiben. Zudem sind die Geldautomaten bereits ausreichend videoüberwacht. Und dann können die Räuber nach spektakulären Explosionen immer unerkannt entkommen? Und bestenfalls kommt es zu Verfolgungsjagden in Dick-und-Doof-Manier? Könnte es sein, dass im Zuge der beabsichtigten Bargeldabschaffung die Verhinderung und Verfolgung der Panzerknacker AG möglicherweise nicht mit demselben Nachdruck durchgeführt wird, wie es von den technischen Möglichkeiten der Polizei her eigentlich möglich ist?

UKRAINE VERLIERT AN BODEN

Neues von der Ostfront
Von Felix Feistel

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland eine Militäroperation in der Ukraine durch. In diese mischen sich viele Staaten Europas und Nordamerikas ein, und versuchen Russland durch Sanktionen wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Dies hat Folgen in globalem Maßstab. Hier werden die neuesten Entwicklungen zusammengefasst.

Nachdem sich der ukrainische Präsident Selensky vor Kurzem noch siegessicher gab, musste er nun einräumen, dass an der Front in der Ostukraine täglich Verluste in Höhe von bis zu 1.000 Soldaten zu beklagen seien. Wladimir Karpenko, der stellvertretende Verteidigungsminister der Ukraine, fügte nun in einem Interview mit dem US-Magazin *National Defense* hinzu, dass etwa 50 Prozent der ukrainischen schweren Waffen bereits verloren seien. Dazu zählen 400 Panzer, 700 Artilleriesysteme und 1.300 Infanterie-Kampffahrzeuge.

Die aus dem Ausland gelieferten Waffen deckten, so Karpenko weiter, nur zehn bis 15 Prozent des Bedarfs ab. Hinzu kommt, dass das russische Militär meldet, immer mehr vollkommen intakte, ukrainische Waffen zu entdecken. Auch westliche Waffensysteme, die an die Ukraine geliefert worden sind, seien bereits in die Hände Russlands gefallen und werden nun von russischen Instituten untersucht, wie der russische Vizepremierminister Juri Borissow der Nachrichtenagentur *Interfax* mitteilte. Dennoch sichert Bundeskanzler Olaf Scholz der Ukraine weitere Hilfen zu.

KIEW VERLIERT ZUGANG ZUR KÜSTE

Von diesen westlichen Waffenlieferungen ist die Ukraine mittlerweile auch voll und ganz abhängig, wie Wadym Skibitsky, stellvertretender Leiter des ukrainischen Militärs, dem *Guardian* in einem Interview mitteilte. Denn der Krieg sei mittlerweile hauptsächlich ein Artilleriekrieg, den die Ukraine momentan verliert. Russlands Artillerie ist derjenigen der Ukraine zahlenmäßig um eins zu zehn bis eins zu 15 überlegen.

Derzeit scheinen weder die Ukraine, noch Russland große Geländegewinne zu erzielen, wie Newsweek mitteilte, doch, so Skibitsky, die Verfügbarkeit von Waffen, insbesondere Artillerie könne einen Kipppunkt in diesem Krieg darstellen.

Unterdessen rücken russische Truppen im Donbass jedoch weiter vor und haben diesen zu einem großen Teil bereits erobert. Auch im Süden haben russische Soldaten Cherson erobert und rücken in Richtung Odessa vor. Das Ziel ist hier wohl einen Landkorridor zur abtrünnigen moldawischen Provinz Transnistrien zu errichten, für deren Schutz Russland sich bereits seit 20 Jahren einsetzt.

FRIEDENSVERHANDLUNGEN IM AUGUST

Der ukrainische Chefunterhändler Dawid Arachamija verkündete, dass die Ukraine die Friedensverhandlungen mit Russland im August wieder aufnehmen wolle. Zuerst wolle die ukrainische Armee Gegenangriffe durchführen, von denen Arachamija sich eine bessere Verhandlungsposition der Ukraine erhofft. Schon ziemlich früh nach Beginn der Sonderoperation hatte es Verhandlungen gegeben, die jedoch nach einigen Treffen der beiden Delegationen abgebrochen worden waren.

Über die Gründe kann nur spekuliert werden. Es ist wahrscheinlich, dass sowohl die rechten Brigaden, als auch die US-amerikanische Regierung es Selensky verboten haben, ein Ende der Kämpfe auf dem Weg der Verhandlung zu erreichen. Im Gespräch mit dem TV-Sender *Ukraina 24* kündigte die Beauftragte des ukrainischen Präsidenten für die Krim Tamila Taschewa zudem an, dass Kiew die Krim mit militärischen Mitteln zurückholen wolle. Die dort lebenden Russen sollen ihr zufolge nach einer Rückeroberung vertrieben werden. Zuvor war bekannt geworden, dass die Brücke zwischen der Krim und Russland Ziel eines möglichen Anschlags ukrainischer Geheimdienste sein könnte. Diese verfügten über detaillierte Pläne der Brücke.



Demokraten wissen: Eine friedliche Welt ist nur ohne die Nato-Kriegsbande möglich. Foto: Georgi Belickin

EIN DRITTEL DER UKRAINE AUF DER FLUCHT

Das UN Flüchtlingshilfswerk vermeldet, dass seit Beginn der Sonderoperation 7,1 Millionen Menschen innerhalb der Ukraine vertrieben wurden. 7,2 Millionen Flüchtlinge hätten die Ukraine bereits verlassen. Das russische Verteidigungsministerium gibt an, dass allein gut zwei Millionen der Flüchtlinge nach Russland geflohen seien, darunter 307.423 Kinder. Ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung befinden sich demnach auf der Flucht.

Litauen hat beschlossen, der russischen Bahn den Transport bestimmter den EU-Sanktionen unterlegener Waren in die russische Exklave Kaliningrad zu verbieten. Damit bleibt nur noch der Seeweg zur Versorgung der Exklave mit diesen Gütern.Vilnius verwehrt Moskau somit den Zugang zu einem Teil seines Territoriums und verstößt gegen ein Abkommen, das nach dem Zerfall der Sowjetunion geschlossen wurde, und die Verhältnisse zwischen den Ländern, unter Anderem den Zugang nach Kaliningrad, regelt.

Dieser Verstoß stelle, so der ehemalige ukrainische Diplomat Rostislaw Ischtschenko in einem Beitrag für die Nachrichtenwebseite *ukraina.ru*, einen Kriegsgrund für Moskau dar.

Auch mehrere russische Senatoren kündigten eine »harte Antwort« seitens Russlands im Falle einer Blockade an. So erklärte der Kremlsprecher Dmitri Peskow, die Blockade sei absolut illegal und betitelte sie als »beispiellos«. Zudem vermutete er, dass es einen Zusammenhang zum Beschluss der Europäischen Union, die Sanktionen auf den Transit auszuweiten, gibt.


Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG


Julian Assange Foto: WikiCommons

ASSANGE: BUNDESREGIERUNG VERGISST MENSCHENRECHT

London/DW. Der Journalist Julian Assange wird seit Jahren vom sogenannten Tiefen Staat widerrechtlich verfolgt und inkriminiert. Zuletzt wurde von englischen Richtern seine Auslieferung an das US-Regime genehmigt, wo ihm weitere Folter und drakonische Haftstrafen drohen. Dies, weil der Journalist mit dem Journalismusportal »Wikileaks« Dokumente der US-Expansionsarmee veröffentlicht hatte, die zahlreiche Kriegsverbrechen der USA etwa in der Republik Irak nachwiesen. Sogar die ansonsten auf Regimelinie agierende Tageszeitung *SZ* monierte das Verhalten der US-Satellitenregierung der BRD: »Als Oppositionspolitikerin forderte Annalena Baerbock die sofortige Freilassung des *Wikileaks*-Gründers und sprach von schwerwiegenden Verstößen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Doch jetzt ist sie Außenministerin.« Menschenrechtsorganisationen, Journalistenverbände und Aktivisten planen die Befreiung Assanges aus der Folterhaft. (jro)

KRIEGSGEILE ELITEN

Kiel/DW. Laut einem Bericht der *Bild*-Zeitung warnt Generalleutnant Ingo Gerhartz, Inspekteur der Luftwaffe, den russischen Präsidenten Wladimir Putin vor Angriffen auf das Nato-Kriegsbündnis. »Putin, leg dich nicht mit uns an!«, drohte er und führte weiter aus, dass die Nato Staaten im Ernstfall auch Atomwaffen einsetzen müssen für eine glaubhafte Abschreckung. Im politmedialen und militärischen Komplex Europas scheint die Kriegsbegeisterung einen neuen Höhepunkt zu erreichen, während die einfache Bevölkerung eine Eskalation des Konflikts entschieden ablehnt. (ber)

POLITISCHER FUNKENFLUG

Berlin/DW. In einem Interview mit dem *Merkur* äußerte Bundeskanzler Olaf Scholz: »Putin scheint Angst davor zu haben, dass der Funke der Demokratie auf sein Land überspringen könnte.« Die für ihre Schlagfertigkeit bekannte Sprecherin des russischen Außenministeriums ließ dies nicht unkommentiert: »Deutsche Funken sind schon einige Male auf uns übergesprungen. Weitere Brände lassen wir nicht zu.« (nir)

Vor der Impfung waren sie gesund

Im Internet findet man zahlreiche Berichte von Menschen, die vermuten, eine Nebenwirkung aufgrund einer Corona-»Impfung« erlitten zu haben. Nur dringen diese Berichte viel zu selten an die Öffentlichkeit, denn viele Menschen recherchieren dazu nicht im Internet.

Ein Buch möchte dazu beitragen, Menschen auf Risiken hinzuweisen – und das vor der sich abzeichnenden nächsten Welle des Impfdrucks im kommenden Herbst.

DW-Redaktionsmitglied in Österreich, Andrea Drescher, stellt ihre Arbeit vor.

Was werden die »Fakten-Checker« dazu sagen?

Gespräche mit Menschen, die in zeitlicher Nähe zu einer Impfung erkrankt sind, die in zeitlicher Nähe zu einer Impfung nahe Angehörige verloren haben, die in zeitlicher Nähe zu einer Impfung Freunde und Bekannte erkranken und sterben sehen mussten, sind nicht objektiv. Natürlich schildern die Betroffenen das Geschehen aus ihrer ganz persönlichen – betroffenen – Perspektive. Sie schildern ihre eigene Wahrheit.

Eindeutige Aussagen, ob es sich um einen Impfschaden aufgrund des jeweiligen Wirkstoffs handelt oder nicht, kann nur eine pathologische Untersuchung liefern, die für jeden einzelnen Fall dann Gewissheit bietet. Allerdings drängt sich mir – nach den zahlreichen Gesprächen, die ich im Rahmen dieses Buches geführt habe – der Eindruck auf, dass man seitens der Politik nicht unbedingt daran interessiert ist, hier für Klarheit zu sorgen.

Denn in den wenigsten Fällen wurde der Schaden überhaupt als Verdachtsfall durch die Ärzteschaft gemeldet oder gar als potenzieller Impfschaden anerkannt. Im Gegenteil. In erschreckend vielen Fällen werden die Betroffenen lächerlich gemacht, psychologisiert, bestenfalls Vorerkrankungen zu Ursachen erklärt und sehr häufig einfach allein gelassen.

Alles nur Zufall?

Niemand kann daher mit Sicherheit sagen, dass die Menschen wegen einer Impfung mit den Folgen zu tun haben. Der zeitliche Zusammenhang von Erkrankung und Impfung kann ein Zufall sein. Auch die Tatsache, dass nahezu sämtliche Schilderungen von Nebenwirkungen auch in den Rote-Hand-Briefen der Impfstoff-Hersteller vorkommen, kann ein Zufall sein. Dass die meisten der geschilderten Probleme, Krankheiten und Todesursachen sich in der Liste der Nebenwirkungen findet, die von mutigen Ärzten und Wissenschaftlern prognostiziert wurden, kann ebenfalls ein Zufall sein. Für mich persönlich sind das zu viele Zufälle.



Die Autorin, Jahrgang 1961, lebt seit Jahren in Oberösterreich. Sie ist Unternehmensberaterin, Informatikerin, Selbstversorgerin, Friedensaktivistin und freie Journalistin für alternative Medienprojekte sowie seit ihrer Jugend aufgrund ihrer jüdischen Wurzeln überzeugte Antifaschistin. Bisher erschienen von ihr sind: »Wenn einer eine Reise tut«, »Wir sind Frieden«, das »Selbstversorgerbuch für die Küche von Oma & Co« sowie »Menschen mit Mut«. Foto: rubikon.news

1. Die Rentnerin: Bärbel, 71 Jahre

Impfdruck 2021: Wenn Unterwassergymnastik nur mit Impfung erlaubt ist.

Manche lassen sich impfen, um in Urlaub zu fahren, andere wollen ins Gasthaus oder in die Sauna gehen. Das sind Vergnügungen, auf die impfkritische Menschen gerne verzichten, um die Risiken und Nebenwirkungen der Impfung zu vermeiden.

Was aber tun, wenn der Besuch des Thermal-Bades aus therapeutischen Gründen notwendig ist, der Zutritt aber nur Geimpften erlaubt wird? Bärbel hat sich aus genau diesem Zwang heraus im Juli 2021 für eine Impfung entschieden und hat fast ein Jahr später noch schwer an den Folgen dieser Entscheidung zu tragen.

»Ich bin nach wie vor krank, richtig krank, und sitze mit Klumpen im Blut auf einer Rakete, die jederzeit losgehen kann. Ich nehme etwas ein zur Blutverdünnung, was mir aber nicht vom Arzt verordnet wird. Laut Untersuchungsergebnissen ist mein Blut zwar dick wie Pudding, mein Gerinnungswert komplett normal.

Mein Stoffwechsel funktioniert nicht mehr richtig. Trotz sechs- bis zehnmal Stuhlgang am Tag und sehr wenig Essen habe ich kein Gramm abgenommen. Das ist doch gruselig. Auch die Aufnahme von Nährstoffen aus der Nahrung ist massiv gestört. Auf Dauer gesehen ist auch das lebensgefährlich.«

2. Der Sohn: Max, 16 Jahre

Pubertierend, freiheitsliebend, geimpft, tot.

Die Pubertät ist die Zeit des Widerstands gegen die elterliche Autorität. Mit 16 macht fast jeder das Gegenteil dessen, was einem von den Eltern gesagt oder empfohlen wird. Max ließ sich gegen den Willen seiner Mutter am 30. Juni 2021 impfen, fälschte dafür sogar die Unterschrift seines Vaters und verstarb vier Tage nach der Impfung. An Drogen, so die offizielle Vermutung. Ein Obduktionsbefund liegt der Mutter bis heute, Ende Mai 2022, nicht vor.

»Die Impfung für fünf bis elfjährige Kinder darf einfach nicht sein. Das muss man irgendwie verhindern. Ich versuche Menschen aufzuwecken. Ich habe verschiedene Tattoos, darunter die Namen meiner Kinder. Jetzt habe ich Max in einem Tattoo mit Todestag und Geburtstag verewigt. Ab und zu werde ich darauf angesprochen. Dann sage ich, er hat sich impfen lassen und vier Tage später ist er gestorben. Die Menschen gucken mich dann ganz komisch an, weil sie es nicht glauben oder glauben wollen. Aber es ist nun mal Fakt: Er war kerngesund und starb vier Tage nach der Impfung.«

3. Die Verwandte von Madeleine, 24 Jahre

Es trifft auch »Promis«

Madeleine Petrovic ist eine bekannte österreichische Politikerin der Grünen. Sie war unter anderem Parteivorsitzende, Bundessprecherin, Klubobfrau, also Fraktionsvorsitzende im Parlament, Hauptmitglied im Gesundheitsausschuss und Landessprecherin der Grünen in Niederösterreich und ist seit 2021 auf Demonstrationen der Maßnahmenkritiker aktiv. Durch ihre klaren Wortmeldungen sorgt die erfahrene Politikerin, die sich intensiv für den Tierschutz engagiert, für Aufreger im *Mainstream*. Sie fordert den Stopp aller Corona-Maßnahmen und insbesondere die sofortige Beendigung der Impfpflicht. Das hat auch persönliche Gründe.

»Kurz nach der Impfung haben bei meiner Verwandten massive Herzrhythmusstörungen begonnen, es kam zu mehreren Rettungseinsätzen. Sie hat monatelang gar nichts machen können und ist natürlich verzweifelt, auch ihre Eltern sind verzweifelt. Bei den Untersuchungen hat sich ergeben, dass das Herz zwar nicht vernarbt ist, aber man sagt das Herz stolpert – und sie hat natürlich Todesangst.«

4. Krankenschwester Hilde, 57 Jahre

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf

Hilde ist 57 und hat dem Impfdruck nicht standgehalten, nicht standhalten können. Sie ist diplomierte Krankenschwester aus Leidenschaft. Jetzt seit sechs Monaten krank, Ende unabsehbar. Wir brauchen Menschen wie Hilde im Krankenhaus nicht als Patienten, sondern als Schwestern.

»Die angekündigte Impfpflicht für medizinisches Personal lässt Böses erwarten. Denn bei Schlaganfällen, Herzinfarkten, Herzmuskelentzündungen und Krebs sind bedrohliche Zuwachsraten zu erkennen. Die ersten Kollegen bei uns im Krankenhaus waren bereits Anfang Jänner geimpft. Ich habe mich erstmal davor gedrückt. Man hat mich aber immer wieder kontaktiert – insgesamt glaube ich acht Mal. Ich musste mir dann anhören, ›du gehörst ja zu den Älteren und die hätten jetzt einen Platz für dich frei‹ – und ich habe immer wieder ›nein‹ gesagt. Bis ich dann am Ende aufgab. Der Druck war extrem hoch.«

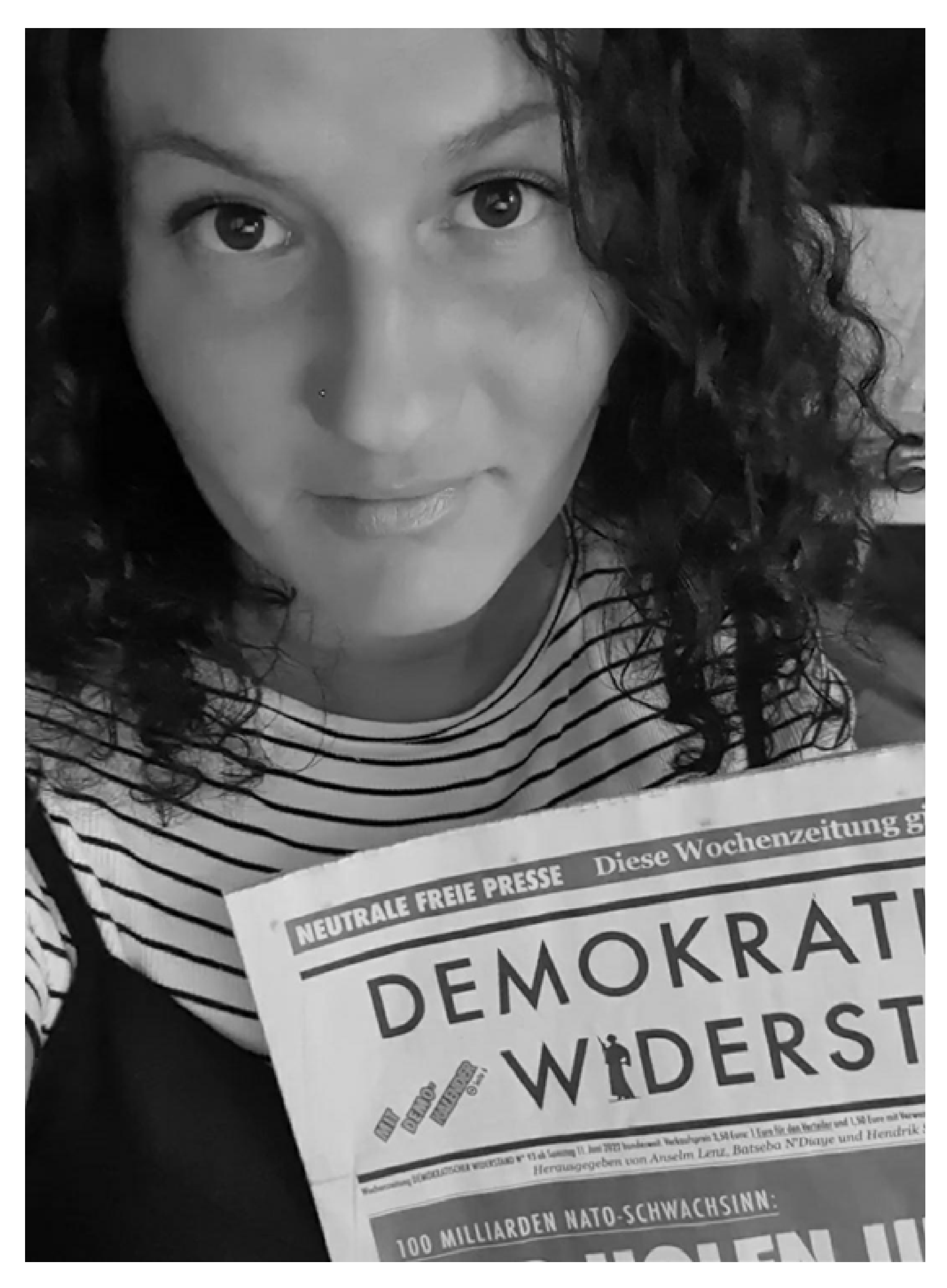
Für wen ist das Buch?

Mein Appell: Kauft es und schenkt es den Menschen in eurem Umfeld, • die nicht selbst im Internet recherchieren, • die vor der Entscheidung stehen, sich boostern zu lassen, • die trotz erheblicher Nebenwirkungen nach der Spritze allein gelassen werden, • die kurz davor sind, dem Impfdruck nachzugeben, • die ihr vor Risiken und Nebenwirkungen warnen wollt.

Die Menschen sollen nach erfolgter Aufklärung bewusst entscheiden können, ob sie der medizinischen Behandlung durch eine Impfung zustimmen oder nicht.

Vorverkauf: www.das-impfbuch.eu

Wir werden nicht weichen!





Zur Presse, zur Freiheit – eine Zeitung schreibt die Wahrheit

Berlin, 21. Juni 2022, 17 Uhr, nahe der Redaktion der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* in der Hiroshimastraße. Im Tiergarten fläzt die politmediale Kaste, als wäre nichts gewesen. Teure Sushi-Stullen. Stolperte eben der dicke 20.000er durchs Bild auf der Suche nach einem Spezialtaxi für Putschistenfunker? »Ich, ich... bin Olaf Sundermayer!« – seinen »bundeseinheitlichen« Presseausweis an die Scheibe eines Polizeibusses pressend (wie 2021 dokumentiertermaßen tatsächlich geschehen).

Weil nicht alle Lügen können (geschweige denn wollten) gegen Geld aus Zwangsgebühren, Nato-Töpfen und anderen Zöpfen, gibt es diese Zeitung. Die Wahrheit (die redliche Suche danach) ist ein Wert an sich, nicht verhandelbar. Damit das weiterhin bei uns geschehen kann, bereitet unsere großartige Kollegin Dolli soeben eine DW-Kampagne vor. Wir bitten herzlich, sie zu unterstützen (demokratischerwiderstand.de).

Täter zu Opfer – oder ist der Rechtsstaat noch zu retten?

Berlin, 22. Juni 2022, 13 Uhr, Amtsgericht Tiergarten. Der Angeklagte Karsten Wappler (Partei Die Basis) wurde am 18. November 2020 nach einer Demonstration von einer Hundestaffel der Polizei im Tiergarten zu Fall gebracht. Dabei soll der verletzt am Boden Liegende versucht haben, eine Polizistin zu treten. Verletzungen gab es bei dieser keine. Auch ein unrichtiges Gesundheitszeugnis soll er benutzt haben. Der ausstellende Arzt wurde nicht angehört. Auch Wappler nicht.

Nun dies: Wappler wird erneut von seinem Verfahren ausgeschlossen (keine Maske). Urteil: 180 Tagessätze. »Ein Verfahren voller Mutmaßungen, Widersprüche und Unterstellungen«, so eine Prozessbeobachterin. Wappler wird in Revision gehen. Fortsetzung folgt. Causa Spahn: Am 4. Juli, 11:30 Uhr soll der Prozess »Der Staat gegen den Journalisten Anselm Lenz« am Amtsgericht Tiergarten stattfinden. (F/M: Steve Schramm)



CORONA – INSZENIERUNG EINER KRISE: KONGRESS DER NEUEN GESELLSCHAFT FÜR PSYCHOLOGIE

Vom 7. bis 9. Juli 2022 zentral in Berlin!

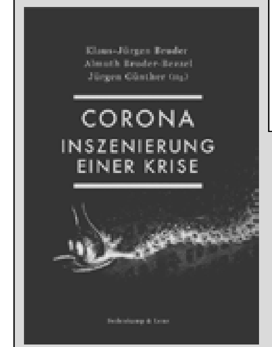
JETZT ANMELDUNG MÖGLICH! Kongress mit Professor Klaus-Jürgen Bruder und der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP) in Berlin vom 7. bis 9. Juli mit Medienpartnerschaft der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* (DW) und Präsenztisch Sodenkamp & Lenz (S&L). Im Folgenden das Programm. Zum Organisatorischen und zur Anmeldung am Schluss dieser Hinweise.

VORTRÄGE UND DISKUSSION: Donnerstag, 7.7.2022 | ab 14 Uhr am Info-Tisch im Foyer: Einschreibung zum Kongress, 15 Uhr Uli Gellermann: Der lange Kampf um Demokratie. 16 Uhr Michael Schneider: Die Büchse der PanCorona... 17 Uhr Freie Linke. Pause. 19 Uhr Klaus-Jürgen Bruder: Eröffnung. 20 Uhr Empfang mit Yann Song King.

Freitag, 8.7. | Ab 10:30 Uhr am Info-Tisch im Foyer: Einschreibung zum Kongress. 11 Uhr Rudolph Bauer: Krisen, Pandemie und Großer Umbruch. 12 Uhr Andrea Kleeberg-Niepage: Schlagzeilen einer Krise ... deutsche Tagespresse während des ersten Corona-Jahres. 13:00 Uhr Michael Ley/Carl Vierboom: Das Corona-Universum. Strukturen eines gesellschaftlichen Wahnsystems. Pause. 15 Uhr Hannes Hofbauer: Kybernetische Wende. Zur neuen Allianz von Kapital und Staat. 16 Uhr Magda von Garrel / Christoph Seidler: Bildungs- und Entwicklungschancen auf dem Corona-Schafott ... 17:30 Uhr Kommunarden/StudentenStehenAuf. 20:00 Uhr Feedback und geselliger Abend mit Louise Michel (Performance), Exzerpt aus Propaganda mit Birgit Hägele, Gerhard Vondruska und Jean-Theo Jost. Die Neue Normalität vom Musikprojekt »Professor Bärsten«.

Samstag, 9.7. | Ab 10:30 Uhr am Info-Tisch im Foyer: Einschreibung zum Kongress. 11 Uhr Werner Meixner: Vernunft gegen den Irrsinn der Macht . | 12 Uhr Jeannette Fischer: Vom Objekt der Angst zum Subjekt der Aggression. 13 Uhr Harald Walach: Die Coronakrise, die soziale Konstruktion von Fakten und ihre Konsequenzen. Pause. 15:00 Uhr Corona-Untersuchungsausschuss / PsychotherapeutenStehenAuf. 16:30 Uhr Kai-Uwe Herthneck: Seelisches Überleben im Zeitalter der Psychopathie. 17:30 Annette Ruprecht und Die Freiheitsvokalisten. 18:00 Uhr Mitgliederversammlung/Ende.

BEGRENZTE PLÄTZE: Anmeldung bitte online mit Angabe von Vor- und Nachnamen, Adresse und Preisgruppe der Tagungsgebühren unter der E-Mailadresse: kassenwart@ngfp.de. Tagungsgebühren: Gruppe I: Regulärer Preis: 100€, Gruppe II: Mitglieder der NGfP: 80€, Gruppe III: Personen mit niedrigem Einkommen, Studierende und Psychotherapieausbildungs-kandidat*innen: 30€. In besonderen Anfragen wenden Sie sich bitte per E-Mail an uns. Die Tagungsgebühren überweisen sie bitte auf folgendes Konto: Neue Gesellschaft für Psychologie e.V. Ethikbank. IBAN: DE56 8309 4495 0003 4129 11, BIC: GENODEF1ETK, Eine Bestätigung der Anmeldung erfolgt per E-Mail nach Eingang der Überweisung. Dies ist ein Angebot und eine Veranstaltung in Verantwortung der Neuen Gesellschaft für Psychologie e.V.



DAS ENTSCHEIDENDE WERK: »Corona – Inszenierung einer Krise.« Die Anthologie ist soeben erschienen, herausgegeben von Professor Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel und Jürgen Günther im Verlagshaus Sodenkamp & Lenz, Berlin. 476 Seiten, 28 Euro. Die ISBN für den Buchhandel lautet 978-3-9822 745-5-3.

Im Buchhandel, beim Kongress und via demokratischerwiderstand.de!

Ein verlorener Querdenker?

Selbst in den trivialsten Werken findet der Filmkritiker Wolfgang M. Schmitt ideologische Subbotschaften – bei Corona hingegen trägt er eine Filmscheuklappe. | Von Nicolas Riedl

Seit den Entgleisungen von Noam Chomsky oder Peter Sloterdijk müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass fast kein Intellektueller davor gefeit ist, dem Corona-Narrativ zu verfallen und sich konträr zu den eigenen Erkenntnissen und Werten der Vergangenheit zu äußern. Auch der Webvideo-Filmkritiker Wolfgang M. Schmitt ist bei Corona plötzlich sehr unkritisch.

»Bibi und Tina« ist auf den ersten Blick ein ganz und gar unpolitischer Film. Könnte man meinen. Doch Wolfgang M. Schmitt kann selbst in diesem Kinderfilm jede Menge ideologischen Gehalt entdecken und präzise analysieren. Hätte man ihn vor wenigen Jahren gefragt, ob er sich selbst als »Querdenker« bezeichnen würde, wäre es gut vorstellbar gewesen, dass er dies bejaht hätte. Und in der Tat ist Schmitt durch und durch das, was man im klassischen Sinne unter einem »Querdenker« verstehen könnte. »Kino anders gedacht« verspricht sein Kanal und hält dies auch seit über zehn Jahren.

Es ist wahrlich beeindruckend, was Schmitt auf der Leinwand zwischen Drehbuchzeilen und Schnitt für ideologische Versatzstücke findet und über welchen Fundus philosophischen Hintergrundwissens er verfügt, mit welchem er die Streifen der letzten Dekade unter die Lupe nimmt. Im November 2011 veröffentlichte er eine Filmkritik zu dem Pandemie-Katastrophendrama »Contagion«. Diese ist sehr gut gealtert. Ob Schmitt sich jedoch heute abermals so äußern würde wie vor knapp elf Jahren, ist fraglich. Seine Kritik an den Subbotschaften des Pandemie-Streifens könnte heute – angewandt auf Corona – eins zu eins aus dem Mund eines Maßnahmen-Kritikers kommen. Auch zitierte er früher immer gerne den Co-Herausgeber dieser Zeitung Giorgio Agamben. Und das ausgerechnet bei den Themenfeldern, wie sie im Demokratischen Widerstand beinah sattsam behandelt wurden. Doch damit scheint es nun vorbei zu sein, wie man einigen Äußerungen Schmitts in Bezug zu Corona entnehmen konnte.

BEI CORONA PLÖTZLICH KRITIKLOS

Seine Analysen enden immer – teils in abgewandelter Form – mit einem Zitat des Filmtheoretikers Andrei Tarkowskis: »Wir schauen nur, aber wir sehen nicht«. Bei Corona stolpert Schmitt selbst in seine Anklage hinein. Wer nur auf Inzidenzzahlen schaut, der sieht nicht, was für transhumanistische, technokratische Ideologien sich hinter dem Hygiene- und Spritzenwahn verbergen. Hier setzt der ansonsten grandiose Denker eine Filmscheuklappe auf, welcher es wohl bedarf, um die kognitive Dissonanz abzuwenden. Zu sehr ist der junge Analytiker in den etablierten Leitmedien integriert. Ein leicht »falsches« Wort kann hier schnell schwer wiegen. Ein Jammer! Denn wer bereits aus den Sümpfen der stupidesten Marvel-Filme einen ganzen Strunk an ideologischer Subbotschaften herausziehen kann, könnte sich bei den Corona-Maßnahmen im Grunde genommen gar nicht satt analysieren.

Diese Ambivalenz ist seit über zehn Jahren ein steter Begleiter Schmitts. Er kritisiert unentwegt die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und trägt dabei in jeder Ausgabe einen neuen Anzug, hat neben sich ein Glas Coca Cola Light stehen und sitzt dabei in einer Kulisse, die dem Büro des Premiers in der Downing Street 10 nachempfunden ist.

Doch bei einem Thema ist dankenswerterweise auf Schmitt Verlass. Dann, wenn es um Krieg und Frieden geht, zeigt Schmitt wieder seine Qualitäten als linker (?) Intellektueller. Während der Filmanalytiker bei Corona die Augen verschlossen hatte, horcht er beim Donnern der Kriegstrommeln auf und schaut nicht nur, sondern sieht genau hin, welche Interessen und Strukturen mit dem Krieg verbunden sind.

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

Da die großen Plattformen wie *Youtube, Facebook* und *Google* Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
corona-studies.org | rubikon.news
corodoks.de | mutigmacher.org
anti-spiegel.ru | apolut.net
multipolar-magazin.de
aerztefueraufklaerung.de

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:





ZEITUNGSWUNDER 20/21/22: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 20 Millionen in 95 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 46 vom 8. Mai 2021.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo



TROST MITTEN IM SCHMERZ

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von S.U.I.

In verlustreichen, schmerzhaften Zeiten können wir schnell wütend, verbittert oder frustriert werden. Der Gott der Bibel macht uns ein Angebot: Trost!

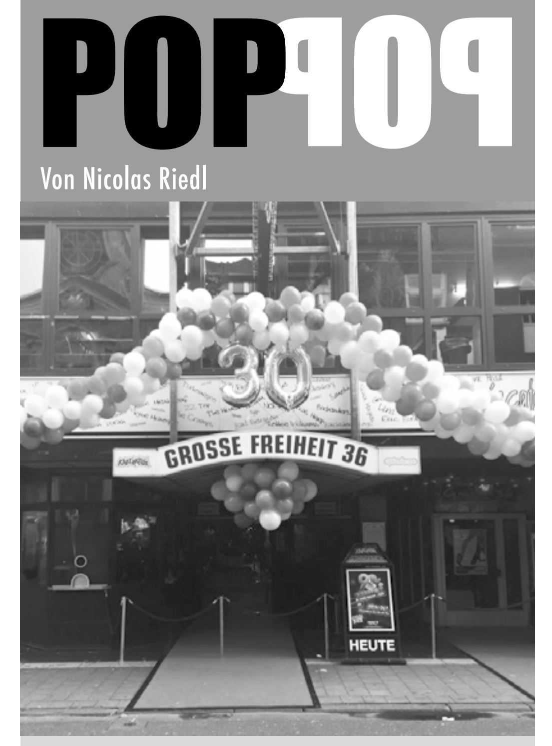
Die Wurzeln des deutschen Wortes »Trost« enthalten auch die Worte »treu« und »trauen« (Vergleich im Englischen: »trust« – vertrauen). Also Trost durch Vertrauen! Aber wem? Das Vertrauen in unsere Ordnungen und Rechte, in Leitungen und Verantwortliche wird seit über zwei Jahren erschüttert. Es bleibt einerseits der Rückzug in das »kleine private Leben«, um hoffentlich dort Treue und Verlässlichkeit zu erfahren. Zum anderen ringen wir auf verschiedenen Ebenen für unsere Freiheit, unsere Grundrechte und Würde. Doch die Reihe der vielen »trost- und treulosen« Ereignisse nimmt kein Ende.

Seit fast 6.000 Jahren hören und erleben Menschen Gottes tröstendes Reden und Handeln: Wir lesen darüber in biblischen Berichten und von Gläubigen bis heute. Voraussetzung dafür ist, dass sich Menschen auf eine ewige und transzendente (jenseitige) Dimension einlassen und Vertrauen setzen in eine göttliche Person, die über allen Mächtigen und Regenten steht – manchmal vielleicht zweifelnd und experimentell nach dem Motto: »Herr, ich glaube und vertraue, hilf meinem Unglauben und Zweifel!« Aber das ist okay. Gott weiß, wie schwer es in dieser Welt ist, auf ihn, den Unsichtbaren, zu vertrauen.

Warum nicht in dieser chaotischen Zeit auf einer anderen Ebene Trost und Hoffnung suchen? Wir sind eingeladen, unser diesseitiges Menschenbild und unsere materialistische Weltsicht um die Dimension der Ewigkeit und Jenseitigkeit zu ergänzen. Der ewige Gott ist und bleibt – und seine Ordnungen, seine Gerechtigkeit, seine Wahrheit wird er zu seiner Zeit aufrichten und durchsetzen. Das richtet uns heute schon auf.

Gott lädt uns ein, ob mutig oder zweifelnd, ihm und seinen Worten zu vertrauen. So jedenfalls wachse ich mit anderen Glaubenden weiter hinein in den Trost der Worte Jesu Christi: »Glückselig sind die Trauernden, denn sie werden getröstet werden.« (Matthäus 5,4)

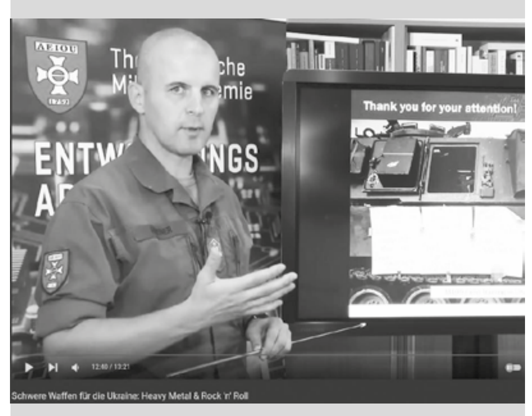
Die Autorin ist der Redaktion bekannt. Die Veröffentlichung ihres Namens würde ihre berufliche Existenz gefährden.



Keine große Freiheit, wenn man die »falsche« Ansicht vertritt. Foto: »Große Freiheit 36« auf Facebook.

»SCHWURBEL-BÜHNE« WIRD BOYKOTTIERT

Eigentlich sollte die Alternativ-Metal-Band »Deftones« in der Hamburger Edel-Optic-Arena auftreten. Dies fiel durch einen Rohrbruch wortwörtlich ins Wasser. Letztlich hätte es mit »Große Freiheit 36« und den »Docks« sogar eine Ausweich-*Location* gegeben, doch Karsten Jahnke von der Konzertdirektion lehnte diese Option ab. Die Begründung: 2020 hätte »Große Freiheit 36« »Verschwörungsplakate« an der Außenwand befestigt. Bei diesen sogenannten »Verschwörungsplakaten« handelte es sich um Appelle wie »Stopp *Lockdown*: Bewaffnet euch mit Wissen« mitsamt Verlinkungen zu Alternativmedien. Dies genügte damals in einer sich selbst als frei und offen bezeichnenden Gesellschaft, um eine Boykott-Kampagne gegen diese Veranstaltungsorte zu initiieren. Die Nachbeben wirken bis heute. Konzertdirektionen und Bands sagen lieber ihren Auftritt ab, als auf Bühnen Andersdenkender aufzutreten.



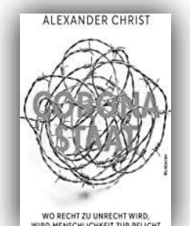
Waffenlieferung wird mit Rock -n´Roll verglichen. Foto: Österreichisches Bundesherr auf YouTube.

HEAVY METAL & ROCK-N´ROLL

In einem YouTube-Video des Österreichischen Bundesheers spricht Oberst Markus Reisner über die Effektivität und den »Nutzen« der europäischen Waffenlieferungen an die Ukraine. Übertitelt ist das Video mit »Heavy Metal & Rock-n´Roll«. Zwei Musik-Genres werden hier für Kriegspropaganda vereinnahmt, eine Assoziation zwischen harten E-Gitarren-Riffs und Kampflust hergestellt.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Corona-Staat.
Wo Recht zu Unrecht wird, wird Menschlichkeit zur Pflicht
Alexander Christ
Rubikon
978-3-96789-032-7



Die Kunst ist frei?
Eine Streitschrift für die Kunstautonomie
Moshe Zuckermann
Westend
978-3-86489-381-0



Die Lehre vom Kollaps.
Die fünf Stufen des Zusammenbruchs und wie wir sie überleben
Dmitry Orlov
fifty-fifty
978-3-946778-16-5



Die Strategie der friedlichen Umwälzung.
Eine Antwort auf die Machtfrage
Christoph Pfluger

Zeitpunkt Verlag
978-3-9523955-9-2



Zensur.
Publikationsverbote im Spiegel der Geschichte
Hannes Hofbauer
Promedia
978-3-85371-497-3



Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus.

Shoshana Zubhoff
Campus
978-3-593-50930-3



Mit dem Elektroauto in die Sackgasse.
Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt
Winfried Wolf
Promedia
978-3-85371-472-0



Was heisst persönliche Verantwortung in einer Diktatur?

Hannah Arendt
Piper
978-3-492-23828-1



Die Furcht vor der Freiheit.

Erich Fromm
dtv Verlagsgesellschaft
978-3-423-35024-2

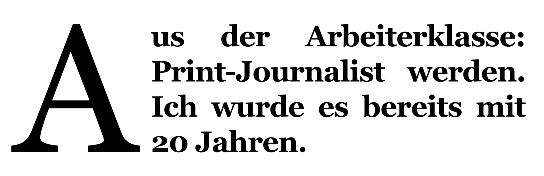


Kommuni:corona
Kommunikation in Zeiten von Corona.

Dirk Hüter
ars vobiscum
ISBN: 978-3-9505234-2-3

Das denk' ich auch

Von Anselm Lenz



Aus der Arbeiterklasse: Print-Journalist werden. Ich wurde es bereits mit 20 Jahren.

Zum Schluss des Studiums kam dazu das Angebot, für einige Jahre am Theater zu arbeiten. Interessant, weil die Schriftsprache dort lebendig gemacht wird. Regieassistent, Praktikant in Dramaturgie-Abteilungen, dann angestellter Assistent und schließlich Dramaturg an Staatstheatern und für *Festivals*.

Als ich einem depressiven Intendanten in Hamburg zu unbequem wurde, verlegte ich mich wieder auf das Schreiben. Ich veröffentlichte Bücher zum Verhältnis von Monopolkapital und Arbeit, der Lebenswirklichkeit jüngerer Generationen, schrieb Berichte, Analysen und Kommentare für Tageszeitungen, Magazine, Anthologien und Newsletter. Schriftstellerei, kleine Dramaturgien und meine Veranstaltungen liefen nebenbei an und trafen ganz offensichtlich einen Nerv. Der *Mainstream* kam nicht darumherum. Doch einverleiben, das ging mit mir nicht. Dafür wurde zum Beispiel Philipp Ruch aufgebaut – und brachte nichts als Särge.

2009 hatte ich mit dem bekanntesten lebenden Theaterregisseur, Volker Lösch, in der Kantine des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg gehockt, wo ich zu der Zeit arbeitete. Der Abend der Bundestagswahl: Wir waren verblüfft, dass nach dem Beginn des Zusammenbruchs des US-Kapitalismus ab 2007 – und dessen Folgen – das Votum gegenteilig ausfiel. Löschs Hypothese: »Das Volk hat die Verantwortlichen für das Desaster wiedergewählt: ›Diese Leute haben uns ins Fiasko geführt, nun bitte wieder hinbiegen!‹« Sie bogen nichts hin. Außer der Wahrheit. Im Laufe der Zehnerjahre wurden die Widersprüche unausweichlich. Die BRD wurde zum Land der Pfandflaschentaucher. Und so entschied ich mich mit meiner Berliner Autorengruppe »Haus Bartleby« und meinem langjährigen Kollegen Hendrik Sodenkamp, ein systematisches Lösungsangebot der Systemkrise zu errichten: »Das Kapitalismustribunal.« Das Ziel: Nach freier Rede und Gegenrede über die Fehlentwicklung der Gegenwart und befreier Rede und Gegenrede zu Entscheidungen zu kommen: Ein neuer Sozialvertrag (Contrat Social), eine Wirtschafts- und Sozialcharta. Sozialen Ausgleich, Lebenswirklichkeit und Freiheit neu austarieren, vom Kopf auf die Füße stellen. Also: Vernünftige Erneuerung der Grundlagen »von unten nach oben«. Und: Das denk' ich auch.



Auftakt der Autorengruppe 2015.
Foto: Haus der Kulturen der Welt

Anselm Lenz et al.: »Das Kapitalismustribunal«, Passagen Verlag, Wien 2016. Diese Woche aktuell hör- und lesbar auf dem Presseportal apolut.net: »Es ist Borg.«



SPORT MIT BERTHOLD

ALS LINKSFUSS RECHTS VERTEIDIGEN?

Für einen Außenverteidiger ist es schwierig, wenn er seitenverkehrt spielen muss. Denn der Angreifer hat dann gewisse Vorteile, die mit der Statik und dem Bewegungsverhalten zutun haben.

Für einen Mittelfeldspieler muss es aber kein Nachteil sein, beispielsweise als Linksfuß auf der rechten Spielfeldseite eingesetzt zu werden. Der Linksfuß auf halbrechts oder rechts im Rückraum kann nach innen ziehen und mit dem linken Fuß aufs Tor schießen oder scharfe Flanken in den Torraum ziehen – und umgekehrt.

In meiner Karriere war der beste beidfüßige Verteidiger, den ich kennengelernt habe: Andreas Brehme! Er konnte sowohl mit links als auch mit rechts schießen, flanken, passen und grätschen. Für den Außenstehenden war nicht klar, ob Brehme ein geborener Links- oder Rechtsfuß war und welchen Fuß er im Nachhinein antrainiert hat. Er war einfach beidseitig stark, ein »Abwehr-Allrounder« mit Zug nach vorn. Sozusagen: 360 Grad! – Und einen entscheidenden Elfmeter hat er ja auch noch versenkt. Übrigens mit rechts.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG

ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert und 2021 ausgebaut. 2022 wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben.

Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

oder

2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

Im Buchverlag der Gründer der Bewegung

DW-MAGAZIN
DER JAHRESRÜCKBLICK



Zum zweiten Geburtstag der Demokratiebewegung erscheint erneut ein Vollfarb-Heft mit 148 Seiten. Die Chronik des zweiten Jahres im Widerstand, welche die gemachten Erfahrungen dieser Zeit festhält und in guter oppositioneller Manier zum Sturz der Regierung einlädt.

Preis: 15 Euro inkl. Versand.
Der Versand erfolgt ab Mitte April 2022.
JETZT BESTELLEN AUF:
DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ______________________

TELEFON + E-MAIL ______________________

STRASSE, HAUSNUMMER ______________________

POSTLEITZAHL UND ORT ______________________

K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16
10211 Berlin

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 95. Ausgabe ab Samstag, 25. Juni 2022. | Redaktionsschluss war am 23. Juni. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Jill Sandjaja, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 96 erscheint am 9. Juli 2022.